



info110

ZEITUNG DER
POLIZEI
BRANDENBURG

02 | 2023

Außerdem im Heft

AKTUELL

Reviergeschichten:

Wittstock

Klimakleber:

Ein Blick zur

Polizei Berlin

POLIZEIPRAXIS

Hacker, Spione,

Trojaner und

IT-Notfälle

GEWALT GEGEN POLIZEI- KRÄFTE

ZUM THEMA:
INNENMINISTER
STÜBGEN IM
INTERVIEW





POLIZEI
Brandenburg

EDITORIAL



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Sie sind Polizistin oder Polizist? Dann werden Sie vielleicht beim Lesen dieser Ausgabe an mancher Stelle still nicken und denken, „... ja so ist das, das ist mir auch schon passiert“. Es geht in diesem Heft um Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Vielleicht sind Sie aber auch interessierter Leser dieses Magazins und eben nicht bei der Polizei. Dann könnten Sie sich fragen „So schlimm? Aber das weiß man ja als Polizist, oder?!“. Ja und nein. Polizistinnen und Polizisten sind Waffenträger und im Ernstfall gesetzlich zur Ausübung von Zwang legitimiert. Es gehört zu Ihrem Job täglich auf Menschen in Extremsituationen zu treffen. Dann heißt es ruhig und sachlich bleiben, zügig helfen, professionell handeln und reden. Das gelingt nicht immer, Polizeikräfte sind auch Menschen, sie machen Fehler – teilweise mit tragischen Konsequenzen. Und natürlich müssen die Umstände dann lückenlos aufgeklärt werden.

Wir stellen in diesem Heft aber das Erleben unserer Polizistinnen und Polizisten in den Fokus. Gibt es einen Anstieg der Gewalt gegen Einsatzkräfte? Wie kann ich persönlich mit Gewalterfahrung umgehen (lernen) und gibt es organisierte Hilfe? Drei Brandenburger Polizisten erzählen von ihren dramatischen Erlebnissen – drei extreme Fälle und in ihrer Dimension selten. Und doch stehen sie für 1.269 Angriffe auf Brandenburger Einsatzkräfte allein im vergangenen Jahr. Ob ein Konflikt im Einsatz eskaliert, ist kaum vorhersehbar. Pöbeleien, Beleidigungen, Rangeleien – das hingegen ist keine Ausnahme und inzwischen Berufsalltag. Ein zunehmendes Berufsrisiko ist es deshalb aber noch lange nicht.

Neben diesem sehr ernsten Thema können Sie sich auch über eine neue Ausgabe unserer Revier-Reihe freuen, es ging diesmal nach Wittstock. Drei Mitglieder der Polizeisportfördergruppe stellen ihre Glücksbringer vor und wir zeigen exklusive Fotos von den Aufnahmen für den neuen Polizeikalender.

Viel Spaß beim Lesen.

Katrin Böhme

Katrin Böhme

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Redaktion: Martin Burmeister (verantwort.), Josefin Roggenbuck, Stephan Henke, Katrin Böhme

Anschrift: Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam
E-Mail: info110@mik.brandenburg.de
polizei.brandenburg.de/info110

ISSN 1430-7669

Layout: Rosenfeld.MRDesign

Druck: LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Fotos: Josefin Roggenbuck, Maik Kettlitz, Ronny Wunderlich, Maik Kettlitz, Ronny Wunderlich, Kristin Baumert, Katrin Böhme, Polizei Brandenburg, Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, Archiv, Adobe Stock: S. 7 (3), S.8 (1), S. 9 (2), S. 10.11 (6), S. 16-21 (4), S. 37 (1)

32. Jahrgang, Nr. 2/2023

Auflage 2.500

Redaktionsschluss: 16.06.2023

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.

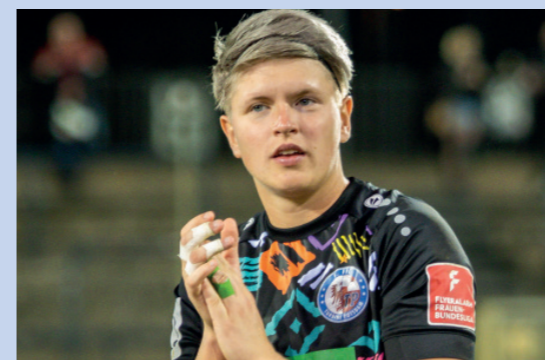


EUROPOL Vernetzte Polizeiarbeit über Ländergrenzen hinweg **12**

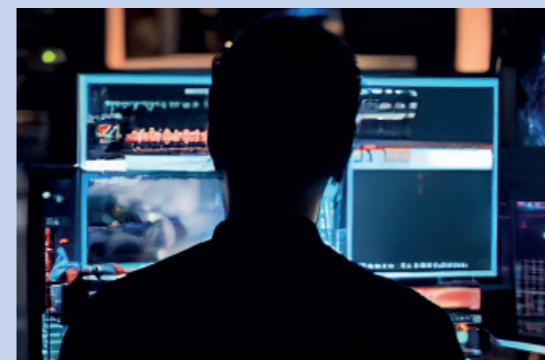
Aktuelle Informationen der Polizei Brandenburg finden Sie auch auf



FOTOSESSIONS IN BLAU Kalender der Brandenburger Polizei **33**



SPORT IN DER POLIZEI Glücksbringer und ihre Geschichte **34**



PRÄVENTION Erfolgreich vor Hackern schützen **42**

INHALT

AKTUELL	
Die letzten fünf Prozent	12
TITELTHEMA	16
GEWALT GEGEN POLIZEIKRÄFTE	
„Du brauchst ein dickes Fell!“	16
Interview mit Innenminister Michael Stübgen	22
Interview mit Claudia Reiter	24
Ein Blick in die Gremien – Einsatzkräfte schützen!	26
Umgang mit Gewalterfahrungen im Dienst	28
PRAXIS	
Bindeglied zwischen Luft und Boden	30
VERMISCHTES	
Plötzlich mittendrin	33
Glücksbringer als Super-Power	34
Ein Katz-und-Maus-Spiel	36
SERIE	
Prachtvoll für Post und Polizei	38
PRÄVENTION	
Wie wir uns erfolgreich schützen	42
FILMTIPP	
L.A. Confidential	45
KOBELECKE	46



Knapp 300 Absolventen verabschiedet

FEIERLICHER ABSCHLUSS Ende März 2023 wurden **145** Nachwuchskräfte, die ihre Ausbildung beziehungsweise ihr Studium an der Hochschule der Polizei in Oranienburg (Landkreis Oberhavel) erfolgreich abgeschlossen hatten, verabschiedet, Ende September 2022 außerdem **145**. „Der Polizeidienst ist kein Einzelsport. Polizistinnen und Polizisten setzen sich gemeinsam für die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Brandenburg ein. Sie arbeiten im Schichtdienst, leisten Überstunden, halten den Kopf hin, um andere zu schützen und stehen zudem als gesellschaftliche Vorbilder unter der besonderen Beobachtung der Öffentlichkeit. Auf diese tagtägliche, große Verantwortung wurden die Absolventinnen und Absolventen der Hochschule der Polizei hervorragend vorbereitet“, sagte Innenminister Michael Stübgen. Von den **145** Absolventinnen und Absolventen aus dem März werden **77** als Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare tätig sein. **41** haben ihre Ernennungs-urkunde zur Polizeiobermeisterin und Polizeiobermeister erhalten. Zudem starteten **131** Anwärterinnen und Anwärter in den neuen Ausbildungsjahrgang. Von diesen haben sich **54** (22,2 % weiblich) für die Laufbahn der Polizeiobermeisterin oder des Polizeiobermeisters entschieden, **77** (26 % weiblich) für die Karriere als Polizeikommissarin oder Polizeikommissar. Die neuen Anwärter kommen aus neun Bundesländern, davon über **70%** aus Brandenburg und knapp **17%** aus Berlin. Des Weiteren begann für **26** Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte der Aufstiegslehrgang.

infoMAGAZIN



Lieblingsrezepte der Polizei



UNTER DEM TITEL „HELDENKÜCHE“ hat Sternekoch Alexander Herrmann gemeinsam mit der Bayerischen Polizeistiftung und dem Plassen-Buchverlag Kulmbach ein Kochbuch mit den Lieblingsrezepten bayerischer Polizeikräfte veröffentlicht. Innenminister Joachim Herrmann bezeichnete das Kochbuch, dessen Erlöse teilweise an die Bayerische Polizeistiftung fließen, als eine „kulinarische Entdeckungsreise hinter die Kulissen der Bayerischen Polizei“. Zu jedem dieser Rezepte präsentiert TV-Koch Herrmann weitere Varianten oder Neukreationen. Eine Polizeihundeführerin steuerte zudem ihr Rezept für Hundekex bei. Herrmann hatte bereits 2019 den mit der Bayerischen Bereitschaftspolizei entwickelten PowerPanterShake vorgestellt, der als hochwertige Trinkmahlzeit die Verpflegung der Einsatzkräfte ergänzt.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Sternekoch Alexander Herrmann stellen das Kochbuch „Heldenküche“ vor. Spannende Einblicke aus dem Polizeialltag und die Lieblingsrezepte der bayerischen Polizistinnen und Polizisten: Das bietet das von Sternekoch Alexander Herrmann gemeinsam mit der Bayerischen Polizeistiftung und dem Plassen-Buchverlag Kulmbach entwickelte Kochbuch „Heldenküche“. Verschiedene Polizeidienststellen und Beamtinnen und Beamte geben darin einen Einblick hinter die Kulissen und stellen ihre Lieblingsgerichte vor, die der Sternekoch noch verfeinert hat.



Foto: Sebastian Widmann

2,4 Millionen Euro „verzockt“

ENDE MÄRZ 2023 fand ein langjähriger Fall der Wirtschaftskriminalität mit einer Verurteilung ein Ende. Der Beschuldigte, ein Geschäftsführer einer Michendorfer Hausverwaltungsgesellschaft, hatte zwischen 2011 und 2016 insgesamt 2,4 Millionen Euro beim Glücksspiel „verzockt“, wie er es selbst ausdrückte. Das Geld hatte er von Konten der Firma abgezweigt, ehe 2016 mehrfach Strafanzeige gegen ihn erstattet wurde. 2021 waren die Ermittlungen abgeschlossen, im Februar 2023 begann schließlich das Hauptverfahren. In dem war der Beschuldigte geständig, er wurde vom Landgericht Potsdam zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und zwei Monaten verurteilt.



Superzahl

400

LITER SPEISEÖL hat die Berliner Polizei seit Beginn diesen Jahres beschafft, um damit sogenannte Klimakleber von der Straße zu lösen. Mehr dazu gibt es auf Seite 36.



Mit Humor und spitzem Stift



11,5%

Zahl der Straftaten steigt

DIE POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK (PKS) für Deutschland zeigt einen bundesweiten Anstieg der Straftaten um 11,5 Prozent gegenüber 2021 auf 5,629 Millionen. Dies gab Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bekannt. Ein Grund da-

für dürfte das Ende der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sein. Allerdings liegt die Zahl der Straftaten auch im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 um 3,5 Prozent höher. Um mehr als ein Drittel stieg dabei auch die Zahl der tatverdächtigen Kinder (93.095). Auch in Brandenburg stieg

die Gesamtdeliktszahl im Vergleich zum Vorjahr um 7,1 Prozent (11.240 Fälle) auf 170.204 Fälle, liegt aber – im Gegensatz zum Bundestrend – unter dem Vor-Corona-Niveau. Maßgeblich verantwortlich für den Anstieg waren Straftaten gegen das Aufenthalts-, Asyl- und Freizügigkeitsgesetz.



Foto: Landtag Brandenburg

Polizeibeauftragte benannt

INKA GOSSMANN-REETZ (SPD) ist die erste Beauftragte für Polizeiangelegenheiten des Landes Brandenburgs. Am 22. März 2023 wurde sie ernannt und anschließend vereidigt. Bürgerinnen und Bürger können sich mit Beschwerden oder Eingaben zu polizeilichen Angelegenheiten an die Beauftragte wenden. Gleichzeitig ist sie Ansprechpartnerin für innerdienstliche Kritik, Anregungen oder Hinweise von Polizeibeschäftigten. Die Polizeibeauftragte ist beim Landtag angesiedelt, um die parlamentarische Kontrolle sicherzustellen. In der Ausübung ihres Amtes ist die Polizeibeauftragte unabhängig, weisungsfrei und nur dem Gesetz unterworfen. Gossmann-Reetz ist seit 2014 Mitglied des Brandenburger Landtages. Zuvor hat die ausgebildete Krankenschwester in der Pflege gearbeitet. Die gebürtige Berlinerin war Sprecherin der SPD-Fraktion für Innere Sicherheit und hatte den Vorsitz der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) zur Kontrolle des Verfassungsschutzes inne.

Diskriminierung innerhalb der Polizei

HERMANN GROSS, FACHHOCHSCHULLEHRER an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS), hat sich mit internen Diskriminierungserfahrungen in der Polizei aufgrund des Migrationshintergrundes, des Geschlechts und der sexuellen Identität beschäftigt. In seinem Beitrag im SIAK-Journal des österreichischen Innenministeriums (Ausgabe 1/2023) kommt er anhand von Fokusgruppendifkussionen mit deutschen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu dem Schluss: „Trotz einer jahrzehntelangen Zugehörigkeit von Frauen zur uniformierten Schutzpolizei in Deutsch-

land und einem relativ hohen Frauenanteil sind männliche Standards und ein männliches Selbstverständnis der Polizei nur teilweise aufgebrochen. Sowohl Migrationsbeamtinnen und



-beamte als auch Frauen leiden unter einem hohen Assimilationsdruck.“ Positiv sei, dass „das Bewusstsein für innerdienstliche Diskriminierungsaspekte deutlich zugenommen hat. Zu vermuten ist, dass dabei gesellschaftliche und polizeibezogene öffentliche Diskurse, die mit „racial profiling“ und der „me too-Debatte“ zu tun haben, sich auch problemsensibilisierend auf innerdienstliches Verhalten auswirken.“

Erste „Blutfilterbrille“

DER WILHELMSHORSTER FEUERWEHRMANN MARTIN JAHR hat eine spezielle „Blutfilterbrille“ für Einsatzkräfte entwickelt und geht nun damit in die Produktion. Die Gläser der Rubi-Brille – benannt nach seiner Tochter – sind mit einer speziellen Beschichtung versehen, durch welche die Farbe Blutrot reflektiert wird, wodurch Blut schwarz erscheint. Alle anderen Farben, auch andere Rotschattierungen, bleiben zu erkennen. Mit der Erfindung der Brille will Jahr Einsatzkräften eine Hilfestellung, die beispielsweise zu schweren Verkehrsunfällen, Zugunglücken oder Suiziden gerufen werden, um die Gefahr einer Traumatisierung zu minimieren. „Es ändert sich



grundsätzlich nichts an der Situation eines Einsatzes bei schlimmen Unfällen, aber das verstörende Bild verliert an Intensität durch die Umwandlung der roten Farbe des Bluts in neutrales Schwarz und Grau. Damit wird die automatische Langzeit-Speicherung dieser Bilder im Gehirn unterbunden“, heißt es auf der Website des Entwicklers, es sei die erste „Blutfilterbrille“ weltweit.

Neuer Seelsorger

PASTORALREFERENT FRANK-PETER BITTER

ergänzt künftig als Seelsorger der katholischen Kirche das Angebot der seelischen Betreuung der Brandenburger Polizei. „Jeder, der das möchte, kann sich zu einem Gespräch bei mir melden. Und da gucke ich auch nicht auf den Taufschein“, sagt Bitter. Dieser war früher Religionslehrer in Berlin, später Militärseelsorger bei der Bundeswehr und arbeitete auch im Gefängnis Moabit und als Krankenhausseelsorger, ehe er 2018 bei der Polizei anfang. Er ist seither Polizeiseelsorger für das Erzbistum Berlin, zu dem auch Brandenburg und Vorpommern gehören. „Das Angebot der Seelsorge bedeutet für mich neben der sogenannten Krisenintervention, auch Prävention, beispielsweise mit Seminaren zu ethischer Bildung, aber auch Pilgerwanderungen“, sagt Bitter.



Fragen & Erwartungen an Frank Peter Bitter

Wer kann die Angebote des Polizeiseelsorgers in Anspruch nehmen?

Jeder, der das möchte, kann sich zu einem Gespräch bei mir melden. Und da gucke ich nicht auf den Taufschein. Also Menschen, die Hilfe brauchen. Menschen, die Gesprächsangebote brauchen oder die zu einem Seminar möchten und das Bedürfnis haben mit der Seelsorge unterwegs zu sein.

Welche Themen beinhaltet das Angebot der Seelsorge?

Das Angebot der Seelsorge bedeutet für mich neben der sogenannten Krisenintervention, auch Prävention, bspw. mit Seminaren zu ethischer Bildung, aber auch Pilgerwanderungen.

Was machen Sie nicht?

Die Seelsorge ist ausdrücklich kein Therapieangebot.

Auf welchem Wege kann ich Sie erreichen?

Unkompliziert per Telefon oder E-Mail:

Telefon: **030 4664 991 991**

Handy: **0151 21 20 29 84**

E-Mail: polizeiseelsorge@erzbistumberlin.de



Gewalt gegen Rettungskräfte

BISLANG GIBT ES KEINE GENAUEN ZAHLEN zur Gewalt gegen Rettungskräfte. In einer bei „Kriminologie – Das Online-Journal“ (Ausgabe 1/2023) veröffentlichten Studie wurden erstmalig in einem Zeitraum von vier Monaten durch wöchentliche Abfragen verschiedene Arten von Angriffen dokumentiert. „Interessant scheint, dass trotz der unterschiedlichen Aufträge von helfenden und normdurchsetzenden Funktionsträger*innen, die Gruppe der Helfenden ansatzweise vergleichbare Häufigkeiten aufweist“, heißt es in der Studie. Außerdem falle auf, „dass auch die Berufsgruppen, die bisher vergleichsweise weniger öffentliche und besonders wissenschaftliche Aufmerksamkeit in Bezug auf Opferverletzung im Arbeits-

alltag erfahren, wie der Kommunale Ordnungsdienst, die Verkehrsunternehmen oder auch Notaufnahmen, teilweise besonders hohe Angriffsprävalenzen aufweisen. Dagegen zeigen sich insbesondere bei der Polizei, durch deren Interessen-



vertreter*innen aber auch Dienstherren die Problematik der Angriffe im Berufsalltag noch am regelmäßigsten aufgegriffen und diskutiert wird –und deren Mitarbeitende auch am zahlreichsten an der Studie teilgenommen haben –vergleichsweise moderate Prävalenzen von den verschiedenen hier dargestellten Angriffsarten.“

POLIZEI NEWSLETTER

Der Polizei-Newsletter wird erstellt durch Professor Dr. Thomas Feltes, Ruhr-Universität Bochum



Neue Technologien für Sicherheitskräfte

AUF EINER POLIZEIKONFERENZ IN DUBAI im März 2023 wurden neue Technologien für die Sicherheitskräfte der Zukunft zum Verkauf angeboten. Bessere und schwerer zu entdeckende Überwachung, Gesichtserkennungssoftware, die automatisch Personen in Städten verfolgt, und Computer, mit denen Telefone geknackt werden können. Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Drohnen und der Gesichtserkennung, israelische Hacking-Software, amerikanische Ermittlungswerkzeuge und chinesische Computer-Vision-Algorithmen können gekauft und zu einem „Schnüffelcocktail“ (NYT) von verblüffender Wirksamkeit zusammengemischt werden.

Kooperationsnetzwerk Jugendrecht

ZUR VERBESSERUNG DER BEHÖRDENÜBERGREIFENDEN ZUSAMMENARBEIT bei der Bekämpfung von Jugendkriminalität wurde ein „Augsburger Kooperationsnetz des Jugendrechts“ eingerichtet. Ziele des Kooperationsnetzes sind eine optimierte Vernetzung und eng abgestimmte Zusammenarbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft, dem Jugendstrafgericht und dem Amt für Kinder, Jugend und Familie (AKJF), welches die neue Struktur die Federführung innehat – eine in der Form von Experten immer wieder geforderte Lösung.



Psychische Störungen und Rückfälligkeit

INSTRUMENTE ZUR RISIKOBEWERTUNG zeigten eine gute Vorhersagegenauigkeit des Rückfalls bei Männern, die wegen Sexualdelikten verurteilt wurden. Mit wenigen Ausnahmen waren psychische Störungen nur schwach mit der Rückfälligkeit verbunden, was darauf schließen lässt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen psychischen Störungen und Gewalt- und Sexualstraftaten gibt.

Regionale Verteilung von Notrufen

ANGEREGT DURCH STUDIEN über die Konzentration von Straftaten haben Wissenschaftler die räumlichen Muster von Notrufen im Zusammenhang mit psychisch kranken Personen untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Notrufe von Menschen mit psychischen Erkrankungen auf einige wenige Orte konzentrieren und die Konzentrationen auch räumlich stabil ist, sogar während der COVID-19-Pandemie.



Psychologische Hilfe für Gang-Jugendliche

GANG-INVOLVIERTE JUGENDLICHE, die auf den Straßen von Boston aufwachsen, haben oft das Gefühl, in die Enge getrieben zu werden und entwickeln psychologische Traumata. Dabei ist es besonders für sie schwierig, Unterstützung zu bekommen. Die meisten haben während ihrer Kindheit Krisensituationen durchlebt, darunter Wohnungsinstabilität, Drogen im Haushalt, Gewalt, Missbrauch, mangelnde Aufsicht und Ernährungsunsicherheit. Sobald ein Kind einem Trauma ausgesetzt ist, wird es anfälliger für zukünftige psychische Gesundheitsprobleme. Sie arbeiten oft mit einem hohen Maß an Hypervigilanz und Angst. Viele leben mit einer posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) oder erleben eine Psychose.

Weniger Straftaten durch härtere Strafen?

DER SENTENCING COUNCIL GB hat eine Studie veröffentlicht, die Erkenntnisse über die Wirksamkeit verschiedener Strafen zusammenfasst. Ausgewertet werden Forschungen seit 2002 zu Faktoren im Zusammenhang mit Rückfälligkeit und Resozialisierung. Die Ergebnisse machen deutlich, dass härtere Strafen nicht dazu beitragen, Rückfälle und Straftaten zu reduzieren.



Lügen und Gedächtnis

ZWEI STUDIEN untersuchten die Überzeugungen über irreführendes Verhalten, Gedächtnisfunktionen und die Auswirkungen des Liegens auf das Gedächtnis. Die Teilnehmer glaubten, dass verschiedene Arten von Lügen unterschiedliche gedächtnisbeeinträchtigende Wirkungen hervorrufen. Die Teilnehmer hatten Schwierigkeiten beim Abrufen von Erinnerungen, nachdem sie Amnesie fälschlicherweise geleugnet oder vorgetäuscht hatten. Darüber hinaus glaubten die Teilnehmer, dass Lügen das Gedächtnis anderer Menschen beeinflussen würden, so dass die Menschen anfangen würden, an ihre eigenen Lügen zu glauben. Die Ergebnisse zeigen, dass falsche Verleugnungen im täglichen Leben ziemlich häufig verwendet werden. Die Autoren empfehlen, Gedächtnisexperten in die Bewertung der Zuverlässigkeit von Aussagen vor Gericht einzubeziehen, wenn es um Lügen ging.



Defizite in der Forschung

Eine Studie zeigt, dass es nur wenig empirische Forschung zum allgemeinen Phänomen der organisierten Kriminalität in Deutschland gibt. Neuere Forschungen zur organisierten Kriminalität und COVID-19 greift einige wichtige Aspekte auf. Die Ergebnisse zeigen auch, wie deutsche Strafverfolgungsbehörden mit ihren starren föderalen Strukturen gezwungen waren normativ und konformistisch zu handeln, was wenig Raum für kreative Lösungen lässt.

DIE LETZTEN FÜNF PROZENT

Das Sachgebiet Interpol/Rechtshilfe koordiniert beim Brandenburger Landeskriminalamt die internationale Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeibehörden – und die Bedeutung dieser Kooperation nimmt stetig zu, wie ein spektakulärer Fall zeigt.

EUROPOL

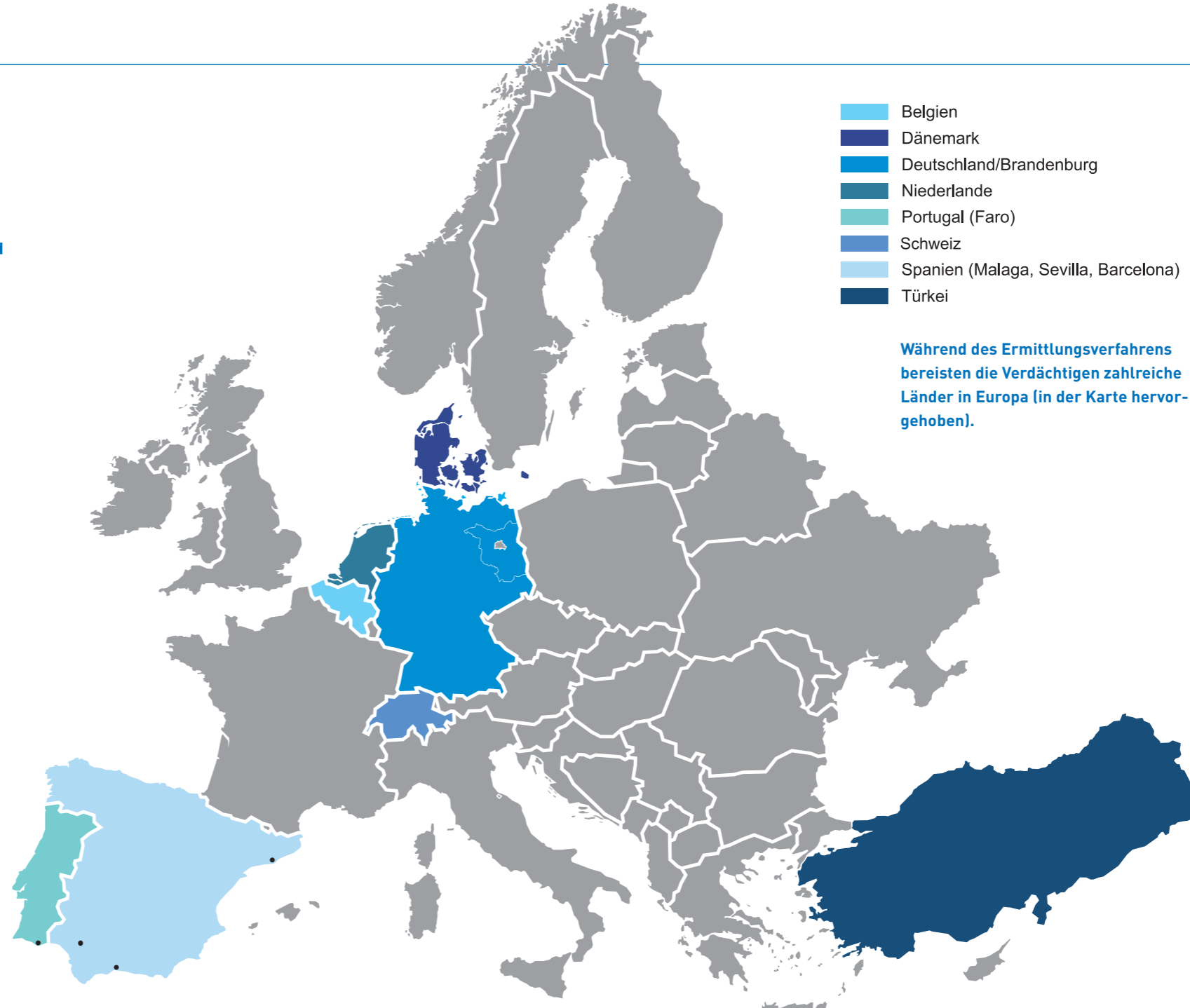
Im Frühjahr 2016 sitzen sechs Männer in der Abflughalle des Flughafens Schönefeld, als es plötzlich ganz schnell gehen muss. „Uns war klar, dass diese Personen tatrelevante Reisen unternehmen werden. Uns war nur noch nicht klar, wohin sie reisen“, erzählt Manuel Fürstner*. Der polizeiliche Leiter der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift, kurz GER, beim Brandenburger Landeskriminalamt erinnert sich noch gut an diesen nicht alltäglichen Fall. Denn die sechs Männer waren Teil eines international agierenden Rauschgiftnetzwerks – und der Drahtzieher stammte aus Brandenburg. Das Mobile Einsatzkommando (MEK) observiert das kriminelle Sextett auch am Flughafen, doch das war ab einem bestimmten Punkt nicht mehr möglich. „Auf einmal stellte sich heraus, dass vier Beschuldigte nach Brüssel reisen und zwei nahezu zeitgleich nach Zürich. Die Kollegen vom MEK konnten wegen der Kurzfristigkeit nicht mehr mitfliegen“, erinnert sich Fürstner. Doch für ihn und seine Kolleginnen und Kollegen war es elementar wichtig, dass sie weitere Informationen über die Beschuldigten sammeln konnten.

In dieser Situation kam LKA 114 Interpol/Rechtshilfe ins Spiel. „In dieser speziellen Konstellation war die Zusammenarbeit schon etwas außergewöhnlich“, sagt Gregor Kahl*. Der Sachgebietsleiter macht im Gespräch nicht den Eindruck,

als würde ihn so schnell etwas aus der Ruhe bringen und verweist auf die eingespielten Abläufe und langjährige Erfahrung. „In diesem besonderen Fall haben wir bilateral Kontakt mit den Kollegen aus der Schweiz aufgenommen, später dann weiter über das deutsche Verbindungsbüro von Europol koordiniert“, sagt Kahl. Denn es musste in diesem Fall besonders schnell gehen. „Wir haben es geschafft, innerhalb der Flugzeit von rund einer Stunde Observationskräfte in Belgien und der Schweiz zu aktivieren und die Observation fortzusetzen“, erinnert sich Manuel Fürstner. Die Schweizer konnten wenig später sogar eine Fahrzeuginnenraumüberwachung in einer Mercedes S-Klasse der beiden Verdächtigen installieren. „Das hat uns in die Lage versetzt, dass wir den Modus Operandi der Tätergruppe noch besser verstehen konnten und wir haben auch mehr über bevorstehende Taten erfahren“, sagt der 47-Jährige.

Unter anderem wollte die Gruppe Amphetaminöl im vierstelligen Kilogramm Bereich aus den Niederlanden importieren, weshalb die vier anderen Verdächtigen von Brüssel aus weiter in die Niederlande führen. Dort verlor sich allerdings ihre Spur, später tauchten sie in Dänemark wieder auf. Am Ende warteten aber sowohl die Verdächtigen als auch das LKA vergeblich auf die Amphetaminöl-Lieferung, offenbar wurde man sich beim Preis nicht

einig. Die zwei Schweiz-Reisenden bekamen schließlich den Auftrag, ein leerstehendes Ladenlokal in Berlin zu räumen. „Für uns stellte sich die Frage: Warten wir auf das Amphetaminöl, das vielleicht nie kommt, oder schauen wir, was die in dem Laden haben. Wir haben uns dann für die zweite Variante entschieden“, erzählt Fürstner. Als die beiden Beschuldigten im April 2016 in Berlin Neukölln begannen, große Säcke in ein Auto zu laden, schlug das Brandenburger Spezialeinsatzkommando (SEK) zu. 140 Kilogramm Marihuana wurden sichergestellt, Straßenverkaufswert rund 1,4 Millionen Euro.



Während des Ermittlungsverfahrens bereisten die Verdächtigen zahlreiche Länder in Europa (in der Karte hervorgehoben).

Die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit sei hier besonders groß gewesen, „die Observationseinheiten aus dem Ausland haben uns gerade in diesem Fall nach vorne gebracht“, sagt Daniel Braun*, Fürstners Stellvertreter bei der GER, und hebt dabei insbesondere die Arbeit der spanischen Kollegen hervor. Braun führt aus, wie schwierig die Observation auch im Ausland sei. So würden die observierten Personen gerne vier-, fünfmal um einen Kreisverkehr fahren oder vor einem Hotel in ein Taxi steigen, nur um nach 100 Metern Fahrt wieder auszusteigen und ins Hotel zurückzugehen. „Das sind

so Beispiele wie sich Täter selbst im Ausland, wo sie sich eigentlich sicher fühlen sollten, trotzdem vorsichtig bewegen und agieren“, erläutert Braun.

Am Anfang einer internationalen Zusammenarbeit steht nicht selten ein Treffen im niederländischen Den Haag, dem Sitz von Europol. In diesem Fall war Max Engel* als zollseitiger GER-Leiter für das LKA vor Ort. „Diese Operational Meetings dienen erstmal dazu, Ermittlungsverfahren gegenüber anderen Ländern, die von dem Fall betroffen sind, darzustellen, so dass jeder die Möglichkeit hat, seine Ermittlungsergebnisse darzulegen und

man weiß, was im anderen Land passiert“, sagt Engel. „Europol selbst nutzt den großen Datenpool und die Daten, die wir mitbringen. Die laufen dann durch einen Crosscheck, um zu schauen, ob es irgendwo in Europa Kreuztreffer gibt.“ In diesem Fall war das gleich mehrfach der Fall. So wurden weitreichende Bezüge in die Niederlande festgestellt, unter anderem über die Einfuhr von einer Tonne Kokain. „Für diese Dinge sind solche Treffen wirklich sehr wichtig. Wenn da erfahrene Ermittler am Tisch sitzen, dann erkennen die nicht nur die aktuellen Verdächtigen, die in dem Verfahren auftreten, sondern auch

Im April 2016 nahm das Brandenburger SEK zwei Beschuldigte fest, die 140 Kilogramm Marihuana aus einem Neuköllner Lokal abtransportieren wollten.



Fotos (2): LKA

alte Bekannte, wie man so schön sagt“, erzählt Engel.

Gregor Kahl möchte die Arbeit von sich und seinen fünf Kolleginnen und Kollegen des Rechts-hilfe-Sachgebiets nicht in den Vordergrund stellen. „Wir sind eine reine Servicedienststelle, wir machen die letzten fünf Prozent. Ich würde nie behaupten, dass wir den wesentlichen Part bei einem Fall übernommen haben. Wenn die Kollegen draußen ihre Arbeit nicht machen würden, dann könnten wir einpacken“, sagt er. 2005, als Kahl in das Sachgebiet kam, gab es 1574 polizeiliche Rechtshilfeporgänge, 2022 waren es 4200. „2005 gab es die Modi Operandi von heute noch nicht. Das Internet war am Wachsen, an Onlinebanking war noch nicht zu denken“, sagt der 55-Jäh-

rige. Das Internet habe die Kriminalität „dynamisiert“, auch Kinderpornographie sei ein wachsendes Thema in seinem Sachgebiet. Kahl selbst hat fast 70 Auslandseinsätze geleitet. „Wenn eine Dienststelle oder ein Staat darum bittet, unterstützen wir Kollegen vor Ort. Wir bereiten mit dem BKA zusammen Arbeitstreffen weltweit vor. Wir sind auch stellenweise, wenn es juristisch legitimiert ist, bei Ermittlungen dabei“, erzählt Kahl. Generell sei es zahlenmäßig so, dass die Ersuchen, die ins Ausland gehen, mehr sind, als in Brandenburg eingehen.

Der Drahtzieher, den die GER schon seit rund eineinhalb Jahrzehnten auf dem Radar hat, konnte durch den Marihuana-Fall aus Neukölln allerdings erneut nicht angeklagt werden. 2019 machte die



Der Straßenverkaufswert der sichergestellten 140 Kilogramm Marihuana beträgt rund 1,4 Millionen Euro.

Stübgen vertritt Deutschland in Kontrollkommission

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen wurde im Januar in die Gemeinsame parlamentarische Kontrollkommission von Europol berufen. Die Kommission hat die Aufgabe, die Tätigkeiten von Europol zusammen mit dem Europäischen Parlament zu überwachen. „Ich bedanke mich für das Vertrauen und freue mich auf die neue Aufgabe. Die Zusammenarbeit über Europol ist eine wichtige Form der europäischen polizeilichen Kooperation. Davon profitiert auch die Brandenburger Polizei. Dabei möchte ich insbesondere die Kompetenzen Eurocols bei der Analyse und Auswertung sowie bei der Koordinierung hervorheben – zum Beispiel bei der Bekämpfung des grenzüberschreitenden Kfz-Diebstahls. Kriminelle machen nicht vor unseren Grenzen halt, die europäische Zusammenarbeit trägt wesentlich zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger bei“, sagte Stübgen.

Die Gemeinsame parlamentarische Kontrollkommission von Europol besteht aus Mitgliedern der parlamentarischen Kammern der einzelnen Länder und aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments. Deutschland ist mit je zwei Mitgliedern aus Bundesrat und Bundestag vertreten. Die Kommission tagt zweimal im Jahr. Die EU-Agentur Europol mit Sitz in Den Haag in den Niederlanden unterstützt die 27 EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerer Formen der internationalen Kriminalität und des Terrorismus. Dabei arbeitet sie auch mit zahlreichen Partnerländern außerhalb der EU und mit internationalen Organisationen zusammen. Aufgrund ihrer Stellung im Zentrum der europäischen Sicherheitsarchitektur ist die Agentur in der Lage, spezifische Dienstleistungen zu erbringen und nimmt vor allem unterstützende Funktionen bei der in den Mitgliedsstaaten stattfindenden Strafverfolgung wahr. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt derzeit auf Analysetätigkeiten.



GER ihn ebenfalls als Hintermann aus, als man Rauschgiftdepots in Brandenburger Bunkeranlagen ausheben konnte. „Auch dieses Mal hat es nicht zur Anklage gereicht. Es ist auch so, dass er sich um seine Mitarbeiter kümmert, ihnen Anwälte besorgt und sie bezahlt, damit sie den Mund halten“, sagt Daniel Braun. „Doch dann kam uns Enchrochat zu Gute, wo er ganz klar kommuniziert hat, dass das seine Taten waren. Er wusste über den damals in Cottbus stattfindenden Prozess gegen seine Mitarbeiter Bescheid und es wurde deutlich, dass er sowohl Anwälte als auch Gutachter bezahlt, damit Leute in den Maßregelvollzug statt ins Gefängnis kommen. Das war schließlich ausschlaggebend, dass die Staatsanwaltschaft Cottbus einen Haftbefehl ausstellen konnte.“ Im Dezember 2021 wurde er auf Sansibar festgenommen und inzwischen auch verurteilt, derzeit läuft aber noch eine Revision. „Dieses Ermittlungsverfahren hat deutlich gezeigt, dass die Tätergruppe international sehr gut vernetzt ist. Deshalb müssen wir auf internationaler Ebene zusammenarbeiten und Europol hat uns die Plattform für die Zusammenarbeit gegeben“, bilanziert Manuel Fürstner.

Stephan Henke

*die Namen aller LKA-Beamten in diesem Artikel sind geändert

Jürgen Ebner (l.), seit 1. November 2019 Stellvertretender Direktor von Europol, begrüßte Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen in Den Haag. Ebner war zuvor Direktor im Bundeskriminalamt (BKA).

Foto: MIK



1.269 Fälle von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten verzeichnet die Brandenburger Kriminalstatistik (PKS) des vergangenen Jahres. Was die PKS trocken unter dem Schlagwort „Gewalt gegen PVB“ zusammenfasst, ist dabei jedoch die kleine Spitze eines wachsenden Eisbergs.

DU BRAUCHST EINDICKES FELL!

Roland (47) ist seit fast 30 Jahren Polizist in der Mitte Brandenburgs, immer im operativen Dienst, immer mittendrin. Pöbeleien nimmt er gelassen, selbst Tötlichkeiten steckt er weg. Er spare sich den Aufwand Beleidigungen oder auch leichtere Attacken anzuzeigen „Warum sollte ich das anzeigen, das macht doch der Kripo nur Arbeit. Für Nix!“, sagt er. In all den Jahren hat er viel erlebt, auch schwere Angriffe und den Schusswaffeneinsatz. Wenn er darüber spricht, dann immer mit einem Witz auf den Lippen und so etwas wie Lausbubencharme. „Ich war jahrelang Judoka. Ich bin nicht groß, aber blitzschnell!“, sagt er und lacht. Das hätte ihm geholfen, bei jenem Einsatz vor einigen Jahren. Mit einer Kollegin war er am späten Abend in ein Bistro gerufen worden. Ein Gast hatte zu tief ins Glas geschaut und pöbelte. „Als wir eintrafen, hatte er den Laden schon verlassen. Die Wirtin zeigte ihn uns auf der gegenüberliegenden Straßenseite und meinte, dass er zumindest an diesem Abend das Bistro nicht mehr betreten solle. Wir sprachen ihn freundlich an. Kurz darauf – ich weiß nicht mehr, ob ich seine Personalien haben wollte – griff der Mann völlig unvermittelt und ohne Vorwarnung mit beiden Händen an meinen Hals und drückte fest zu.“

Roland wehrt sich, mit einem Judogriff kann er den Angreifer über die Schulter werfen. Der Mann lässt durch den Aufprall von ihm ab.

Er griff mit beiden Händen an meinen Hals und drückte fest zu.

Erst beim Anlegen der Handfessel bemerkt Roland seine Kollegin, die mit weit aufgerissenen Augen auf dem Boden liegt und um Luft ringt. Ein Passant kommt zur Hilfe, Verstärkung wird angefordert. Die Polizistin hatte den Mann festgehalten und war durch die Wucht des Wurfes ebenfalls zu Boden gegangen. Das damals noch recht massive Handfunkgerät steckte in der dafür vorgesehenen Tasche der Schutzweste. Beim Aufprall war Sie mit dem Brustkorb auf das Gerät gefallen. „Sie kam wieder auf die Beine, war aber für mehrere Wochen nicht dienstfähig“. Roland bleibt bis zum regulären Schichtende und fährt um 5:30 Uhr heim. Seine Frau und der damals einjährige Sohn werden gerade wach. Erst spät hätte er die Dimension des

nächtlichen Einsatzes begriffen. Es ist seine Frau, die sofort die lilafarbenen Würgemale an seinem Hals entdeckt. „Für sie war das ein Schock. Es ist auch heute noch der Einsatz, der ihr am stärksten in Erinnerung blieb“, meint Roland, „wahrscheinlich, weil ihr schlagartig klar wurden, dass es einen Tag geben kann, an dem ich nicht aus dem Dienst heimkomme. Das ist ihr damals mit unserem kleinen Sohn auf dem Arm durchs Mark gegangen und mir irgendwie auch.“

Es ist seine Frau, die sofort die lilafarbenen Würgemale an seinem Hals entdeckt.

Bedrohung, Beschimpfungen, verbale Aggression – laut Definition ist auch das „Gewalt“. Wenn es aber um Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Beamte geht, werden ausschließlich Tötlichkeiten, Körperverletzungen oder schwere Angriffe statistisch erfasst. 1.269 Fälle weist die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Land Brandenburg im Jahr 2022 aus, knapp 40.000 Fälle sind es bundesweit, Tendenz steigend.

Im Jahr 2022 wurden gegenüber dem Vorjahr 237 Polizistinnen und Polizisten mehr als Opfer von Gewaltdelikten (+10,9 % gegenüber dem Vorjahr) erfasst. Von insgesamt 2.414 Opfern im Jahr 2022 wurden 354 leicht und zwei schwer verletzt, mehr als 80 Prozent der betroffenen Beamtinnen und Beamten blieben unverletzt. Verlässliche Daten zum Verletzungsgrad liegen in der PKS erst seit 2018 vor.

237 Polizistinnen und Polizisten wurden 2022 Opfer von Gewaltdelikten.

Mit der Kampagne „Auch Mensch!“ macht die Gewerkschaft der Polizei (GdP) bundesweit schon seit 2011 auf den Anstieg von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten aufmerksam. Porträts junger Polizeikräfte sollen zeigen, dass hinter jeder Uniform, jeder Dienstmarke, ein ganz normaler Mensch mit Zukunftswünschen und Visionen stecke. Schwindenden Respekt, verbale Übergriffigkeit oder mangelndes Verständnis für die Polizeiarbeit kennen sie alle. Und das nicht erst seit den gezielten Angriffen auf Einsatzkräfte in mehreren deutschen Großstädten in der Silvesternacht 2022. Forderungen nach höheren Strafen, besseren Präventions- und Integrationsangeboten wurden laut, gefolgt vom Fingerzeig auf eine womöglich überforderte Justiz. Bisher ohne nennenswerte Veränderungen. Wer Polizist oder Polizistin werden möchte, weiß in der Regel um die besonderen Gefahren des Jobs. Vor-Ergebnisse einer Studie zur „Motivation, Einstellungen und Gewalt im Alltag von Polizeibeamten“, für die

»DU BRAUCHST EIN DICKES FELL!«

bundesweit Polizistinnen und Polizisten auch nach eigenen Opfererfahrungen befragt wurden, belegen das hohe Niveau der Fallzahlen.

„Knapp drei Viertel der Befragten hatten in den letzten zwölf Monaten persönliche Beleidigungen oder körperliche Gewalt in verschiedenen Formen erlebt“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Allerdings wirkten sich diese Erfahrungen nach Erkenntnissen der Forscher weniger stark auf die Arbeitszufriedenheit aus, als alltägliche Belastungen wie Todesermittlungen oder sogenannte Vergeblichkeitserfahrungen, also das Erleben von eingestellten Strafverfahren, aber auch Personalmangel und die Bürden der Bürokratie.

„Wenn wir zur Anzeigen- oder Unfallaufnahme rausfahren, sind hässliche Kommentare schon lange keine Seltenheit mehr. Du brauchst ein dickes Fell“, sagt Franka (26), Polizeikommissarin und im Brandenburger Süden tätig. „Es wird schwer, jemanden zu finden, der keine Geschichte erzählen kann“, meint sie und hat in ihren fünf Jahren „draußen“ auch schon viel gesehen. Sie lächelt und meint, das gehöre eben dazu und man sei trotzdem noch häufig der „Freund und Helfer“. Zumindest die Zahlen belegen die gestiegene Aggression. Erfasste die Brandenburger PKS im Jahr 2013 noch 860 Angriffe auf Polizisten, waren es zehn Jahre später über 400 Fälle mehr, eine Steigerung um fast 50 Prozent.

Hässliche Kommentare schon lange keine Seltenheit mehr.

Im Herbst letzten Jahres ist die Kontrolle eines alkoholisierten Autofahrers der Beginn von Frankas bisher dramatischstem Einsatz. Der Mann hält nicht an und rast durch die Kontrollstelle, Franka kommt erst später als Verstärkung dazu und legt einen Stopp Stick, ein Art Nagelbrett zum Stoppen von Fahrzeugen, aus. Völlig unbeirrt hält der Fahrer erst auf Franka und ihren Kollegen zu und reißt kurz vor dem Überfahren des Sticks das Lenkrad herum. Der Mann verliert die Kontrolle über den Wagen, das Auto überschlägt sich, die nicht angeschnallte Beifahrerin wird aus dem Wagen geschleudert und stirbt noch an der Unfallstelle. Der Fall wird öffentlich diskutiert. In den sozialen Medien wird Franka die Schuld am Tod der Frau zugeschrieben und die Diskussion ist nicht zim-

perlich. „Ich habe mir das durchgelesen und es war grauenvoll. Der Tod dieser Frau war sinnlos, aber ich bin nicht schuld daran. Sie starb nicht, weil wir den Fahrer anhalten wollten oder ich den Stopp Stick ausgelegt habe. Sie starb, weil der Fahrer ihren und auch unseren Tod zumindest billigend in Kauf genommen hat.“ Franka ist dankbar für die Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen. Kurz nach dem Einsatz wird das Einsatznachsorgeteam (ENT) gerufen. Es braucht Zeit, bis Franka das Geschehene verarbeiten kann und sie sich vergibt, obwohl sie nichts falsch gemacht hat und obwohl sie nur durch Glück unversehrt blieb.

Franka wird in den sozialen Medien die Schuld am Tod der Frau zugeschrieben.

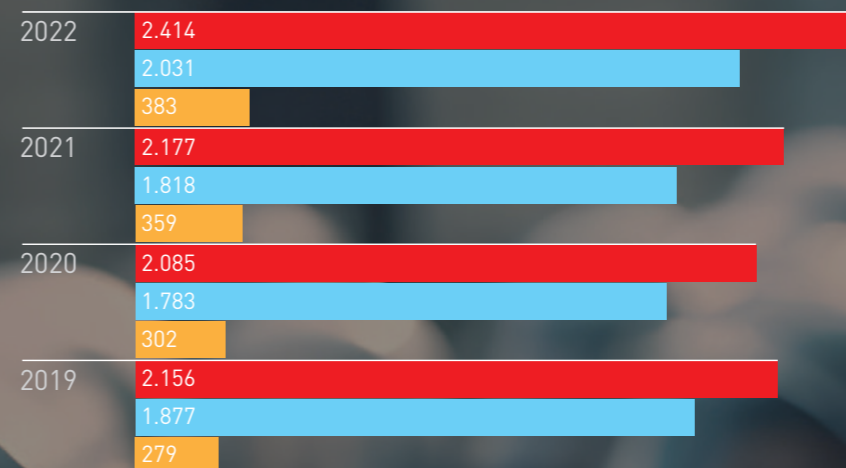
Frankas Fall ist einer von der „harten Sorte“. Die überwiegende Mehrheit der erfassten Angriffe sind Widerstandsdelikte, der Anteil ist gleichbleibend hoch und liegt konstant bei knapp über 80 Prozent. Wer einen Amtsträger mit Gewalt oder der Androhung von Gewalt an der Diensthandlung hindert, leistet einen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Bereits jetzt kann der besonders schwere Fall mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. § 114 Strafgesetzbuch stellt zusätzlich auch den tätlichen Angriff auf Vollstreckungsbeamte mit bis zu fünf Jahren unter Strafe. Diese Regelung verlangt keinen Bezug mehr zu einer Vollstreckungshandlung und greift bereits bei Angriffen während allgemeiner Diensthandlungen, wie dem Streifendienst oder der Unfallaufnahme.

Die juristisch fehlerfreie Unterscheidung und auch die Ausschöpfung des absoluten Strafmaßes heilen jedoch keine Ohnmachtsgefühle, Angst oder Schmerzen. Wer völlig unvermittelt angegriffen wird, weil er oder sie eine Uniform trägt und schlicht seinen bzw. ihren Job macht, ist – wie jeder andere Mensch auch – überrascht. Mit Glück gelingt es, in sekundenschneller Erinnerung an all die Trainingsstunden aus Ausbildungstagen, zu reagieren und Schlimmeres zu verhindern.

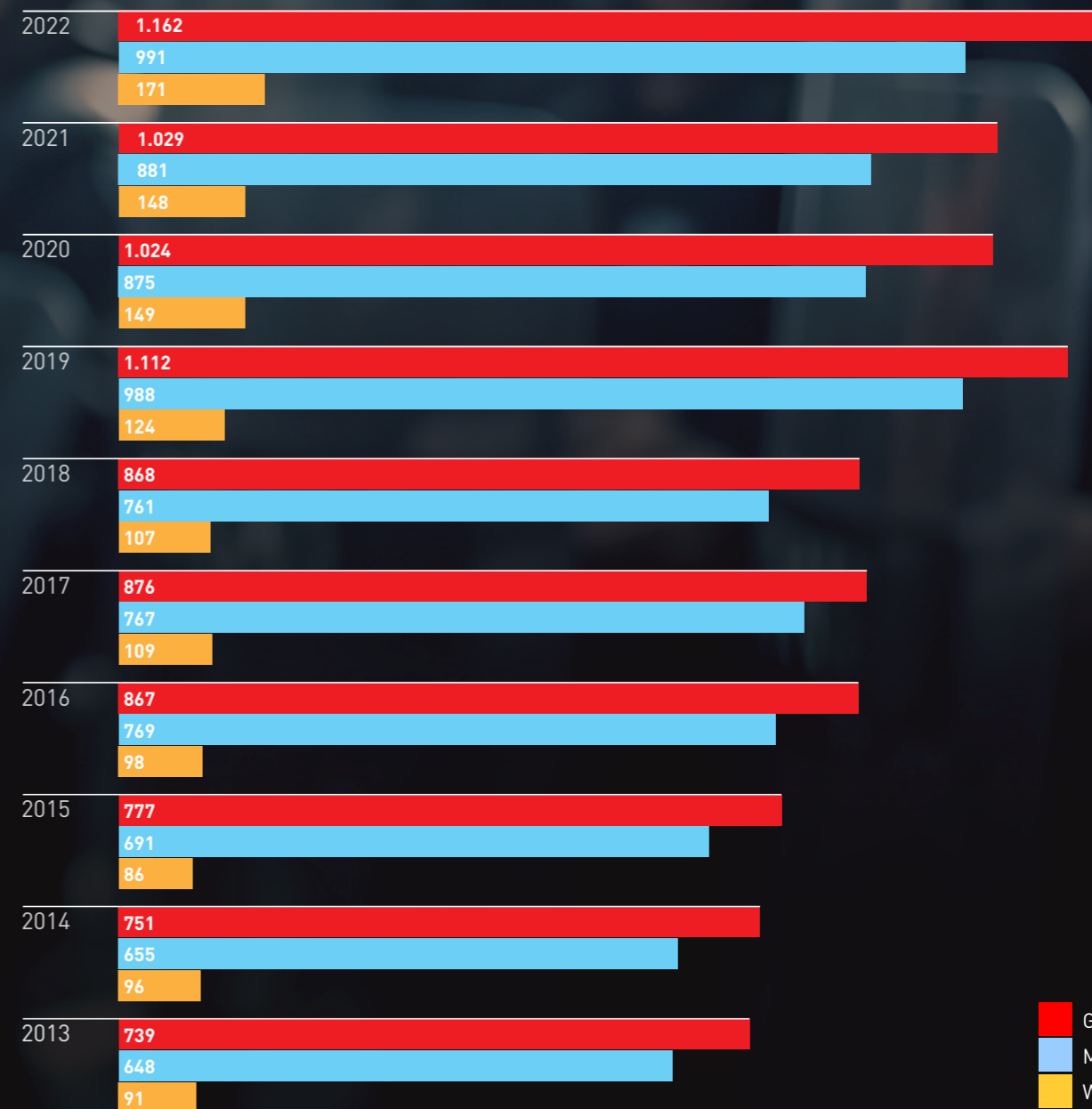
Bennet hat dieses Glück nicht. Im April 2016 wird der Polizeikommissar in die Wohnung eines Mehrfamilienhauses in Potsdam West gerufen. „Mein Streifenpartner, der Dienstgruppenleiter (DGL) und ich sollten eine Gefährderansprache durchführen“ erinnert sich Bennet. Der „Gefährder“ hatte über ein Online-Forum und in E-Mails Mitstudierende und Lehrkräfte bedroht.

„Der DGL führte das Gespräch in der Wohnung, während mein Streifenpartner und ich im Hausflur warteten. Nach einigen Minuten kam mein Chef aus der Wohnung, um zu telefonieren und bat mich, den jungen Mann aufzufordern, sich für die Fahrt zur Polizeiwache vorzubereiten.“ Bennet begleitet den Mann in dessen Schlafzimmer, wo dieser sich umziehen will.

Opfer von Gewalt gegen Polizeikräfte



Tatverdächtige



GESAMT
MÄNNLICH
WEIBLICH

»DU
BRAUCHST
EIN DICKES
FELL!«



„Das Schlafzimmer war sehr klein, daher standen wir dicht beieinander.“ Die Stimmung wäre neutral bis leicht angespannt gewesen, unter Berücksichtigung der Lage also völlig normal.

„Der Täter wechselte seine Sachen und wühlte dabei auch in seinem ungemachten Bett herum. Plötzlich zog er unter dem Kopfkissen ein großes Küchenmesser hervor und drehte sich sehr schnell mit erhobenem Messer zu mir um. Ich riss reflexartig die Arme nach oben und versuchte den Angriff abzuwehren, ohne Erfolg. Der Täter stach das Messer in meinen Hals, es drang an der linken Halsseite am Kopfansatz ein und an der rechten Seite wieder aus.“

Bennet schafft es den Täter trotz schwerster Verletzungen von sich wegzustoßen, Beide gehen zu Boden. Dort tritt Bennet verzweifelt nach seinem Gegner, der das Messer noch immer in der Hand hält.

„Durch meinen lauten Ausruf „Messer“ wurden die übrigen Kollegen alarmiert und stürmten mit gezogener Dienstwaffe in den kleinen Raum. Der Täter stach sich das Messer daraufhin in seinen eigenen Oberschenkel. Ich selbst habe mich unmittelbar danach mit letzter Kraft vom Boden erhoben, lief einige Schritte bis in den Hausflur und brach dort zusammen.“ erzählt Bennet. Dort liegt er mit dem Gesicht auf dem Boden, bis er die Lache seines eigenen Blutes um ihn herum bemerkt. Ihm wird immer kälter. Ab hier könne er sich nur noch an Bruchstücke erinnern, an das Martinshorn des Rettungswagens, dann das Aufwachen im Krankenhaus. „In den Sekunden und Minuten nach dem Angriff hielt mein Kollege und Freund die stark blutenden Wunden mit seinen Händen zu, während ich ihm die letzten Worte für meine Frau sagte. Ich schloss mit dem Leben ab.“

» Er stach das Messer in meinen Hals, es drang an der linken Halsseite ein und an der rechten wieder aus. «

Bennet überlebt knapp. Er trägt teilweise dauerhafte Schädigungen der Halsmuskulatur, Blutgefäße und Nerven davon. Etwa ein Jahr lang ist er nicht dienstfähig und in psychologischer Betreuung. Noch heute habe er Flashbacks, die zu massiver körperlicher Anspannung führen. Laut behandelndem Arzt hätte ein minimal anderer Einstichwinkel sehr schnell zum Tod geführt. Dass er überhaupt überlebt hat, das war Bennets Glück.

» Ich sagte meinem Kollegen die letzten Worte für meine Frau und schloss mit dem Leben ab. «

Bennets Fall ist dramatisch, ein bedauerlicher Einzelfall ist er dennoch nicht. Ganz besonders Einsätze mit psychisch auffälligen Personen häufen sich – so erzählen Polizisten, die Gefahr einer gewalttätigen Eskalation liegt hier ungleich höher, als bei „normalen“ Lagen. In den vergangenen Jahren wurde die Ausstattung der Polizei dieser Entwicklung angepasst. Ein wichtiges Signal für die Polizistinnen und Polizisten. Im Falle eines völlig unvorhersehbaren Angriffs helfen jedoch weder Taser noch Bodycams, nur Glück – und das ist nicht jedem vergönnt.

Katrin Böhme

(Alle Namen der hier genannten Personen wurden von der Redaktion geändert)



»Der Einsatz von Bodycams bei Einsätzen in Wohnungen wäre eine sinnvolle und auch notwendige Erweiterung«



Innenminister Michael Stübgen im Gespräch über Gewalt gegen Polizeikräfte

Pöbeln, Spucken oder auch Handgreiflichkeiten – Gewalt, die Polizeikräfte immer wieder im Dienstalltag erleben. Ein Blick in die Statistik verrät auch: Die Auseinandersetzungen nehmen zu. Im Vor-Pandemiejahr, das aus Vergleichszwecken herangezogen wird, wurden 2.156 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Gewalt. Im vergangenen Jahr waren es 258 Personen mehr. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen sprach mit Josefin Roggenbuck über die zunehmende Gewalt gegen die Polizei

info110: Herr Stübgen, 1.269 erfasste Fälle, 2.414 Opfer von Gewalt gegenüber Polizeikräften, Tendenz trotz der Pandemiejahre steigend – sollten da nicht die Alarmglocken klingeln?

Michael Stübgen: Definitiv, denn Gewalt gegen die Polizei ist in jeder Hinsicht inakzeptabel. Doch bedauerlicherweise haben wir seit Jahren den Trend zu verzeichnen, dass Gewalt gegen Polizeikräfte, aber auch gegen Feuerwehrleute, Rettungskräfte und andere Mitarbeitende der Hilfsorganisationen, zunimmt. Das heißt, wir haben es leider mit einer Verrohung in Teilen der Gesellschaft zu tun. Und ich fürchte auch, dass sich dieser Trend nicht von heute auf morgen umkehren lässt.

Sinkt die Hemmschwelle in der Gesellschaft?

Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die wir allerdings nicht nur in Brandenburg, nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der westlichen Welt beobachten. Oftmals habe ich auch den Eindruck, dass manche denken, mit der Polizei kannst du machen was du willst. Das ist inakzeptabel und wir werden notfalls mit der Härte des Gesetzes, den hinreichenden Respekt gegenüber unserer Polizei durchsetzen.

Welche Auswirkung hatte Corona auf die Entwicklung der Gewalt gegenüber Polizeikräften?

Wir hatten eine aufgewühlte gesellschaftliche Situation. Nach den ganzen Lockdowns kam der Eindruck auf, und das kann ich auch nachvollziehen, das hört nie auf. Da wurde die Stimmung aggressiver, gerade auf den Montagsdemonstrationen. Diese sind dem Grunde nach ja auch erlaubt, müssen aber angemeldet werden.

Und das passierte nicht?

Gerade dann nicht, wenn politische Ziele dahinterstanden. Bestimmte Parteien haben unangemeldet sogenannte Spaziergänge organisiert – und das an 20, 50, 60 Orten quer im Land gleichzeitig, um das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen. Darauf hat die Polizei wie gewohnt gut und konsequent reagiert. Doch häufig kam es gerade dort zu Auseinandersetzungen und Angriffen gegen die Polizei. Ich kann nur jedem Bürger empfehlen, wenn er Anweisungen von der Polizei bekommt, sollte er ihnen dringend folgen. Beschwerden kann man sich dann immer noch. Glücklicherweise hat sich die gesellschaftliche Situation mit dem Ende der Pandemie etwas entspannt.

Welche Stellschrauben gibt es denn, um Gewalt gegen Polizeikräfte zu mindern oder ihnen zur Seite zu stehen?

Unser Polizeigesetz braucht dafür eine Novellierung, beispielsweise müsste beim Thema Bodycams noch nachgeschärft werden. Allerdings ist eine Novellierung innerhalb der jetzigen Koalition schwer umsetzbar. Die Notwendigkeit bleibt allerdings bestehen. Außerdem sehe ich es als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich gegenüber solchen Entwicklungen stärken abzugrenzen. Da passiert bisher zu wenig.

Welche Rolle spielen die angesprochenen Bodycams?

Bodycams dienen im Wesentlichen drei Zwecken: Sie schützen diejenigen, die für unsere Sicherheit sorgen – also unsere Polizistinnen und Polizisten. Sie dienen der Deeskalation. Denn erste Studien zeigen, dass ein Hinweis auf Videoaufzeichnung bereits genügt, eine gefährliche Situation zu entschärfen. Und sie dokumentieren Einsätze, was für die Strafverfolgung wichtig ist. Bodycams tragen somit dazu bei, dass Gewalt gegenüber Polizeikräften im Vorfeld verhindert werden kann oder zumindest nachträglich geahndet wird.

Bei diesem Thema müsste im Polizeigesetz, sagen Sie, noch nachgeschärft werden. Warum?

Zunächst einmal freue ich mich, dass wir den Einsatz von Bodycams auf rechtlich sichere Füße gestellt haben. Die Befugnis ist im Brandenburgischen Polizeigesetz verankert, ein Pilotprojekt seit vergangenen Jahr im Einsatz. Damit haben wir einen wesentlichen Beitrag zu einer verbesserten Eigensicherung der Polizeikräfte

geleistet. Dennoch, nichts ist so gut, dass man es nicht verbessern könnte. Der Einsatz von Bodycams bei Einsätzen in Wohnungen wäre eine sinnvolle und auch notwendige Erweiterung. In 37 Fällen wurden Polizeikräfte im vergangenen Jahr in der Wohnung angegriffen. Auch wenn davon nur wenige verhindert werden würden, die Bodycam würde unsere Polizistinnen und Polizisten noch besser vor Gewalt schützen.

Wie sieht es mit einer Null-Toleranz-Strategie aus – wäre die nicht die richtige Wahl?

Eine Null-Toleranz-Strategie haben wir bereits. Wir akzeptieren keine Bedrohung, kein Pöbeln, Spucken oder Gewalt gegen unsere Polizeikräfte. Die Polizei ist jene Institution, die alle Menschen, die in unserem Land leben, vor Gewalt und Verbrechen schützt. Es ist deshalb in keiner Weise hinnehmbar, dass unsere Polizistinnen und Polizisten zu Opfern gewaltsamer Übergriffe werden. Wir können deshalb auch zu Recht von der Gesellschaft erwarten, dass polizeilichen Anweisungen gefolgt wird. Nach meiner Einschätzung müssen wir das nicht verschärfen. Was wir allerdings tun müssen, ist, den Schutz der Polizeikräfte mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verbessern.

Null-Toleranz gegenüber Gewalt gegen Polizeikräfte, Bodycams zum besseren Schutz und wenn doch etwas passiert: Was dann?

Die Polizei unseres Landes bietet verschiedene Möglichkeiten, zum Beispiel die psychosoziale Unterstützung des Polizeiärztlichen Dienstes sowie die Polizeiseelsorge. Wir haben aber auch seit langer Zeit ein Team im Einsatz, das psychosoziale Notfallversorgung übernimmt, kurz das Einsatznachsorgeteam (ENT). Dieses wird auch intensiv in Anspruch genommen. Insbesondere nach schwierigen Einsätzen ist es wichtig, frühzeitig das Erlebte aufzuarbeiten. Eine klare Erkenntnis der Psychologie ist, wenn solche Dinge zu lange nagen in einer Seele, dann können sie zu physischen und psychischen Schäden führen.

Sehen Sie da Veränderungen, wird das Einsatz-Nachsorge-Team beispielsweise öfter in Anspruch genommen?

Grundsätzlich bemerke ich, und das halte ich für sehr wichtig, dass unsere jungen Polizisten viel häufiger zu den verschiedenen Möglichkeiten greifen, das Erlebte aufzuarbeiten. Früher, in meiner Generation, galt man als Weichei, wenn man sich psychologische Unterstützung geholt hat. Dabei ist es viel stärker, diese Hilfe in Anspruch zu nehmen. Denn die Schäden, wenn man etwas nicht verarbeiten kann, sind in jedem Fall viel größer. Der Trend ist klar: Je jünger die Polizisten, umso häufiger nehmen sie Hilfsmöglichkeiten in Anspruch. Und das unterstützen wir weiterhin sehr. →

»Das ist nicht mehr meine Polizei«

Schlaflosigkeit, Unruhe, Rückzug – Symptome, die nach aufwühlenden Erlebnissen auch im Polizeidienst auftauchen können. Da es keineswegs sinnvoll ist das Erlebte mit Worten wie „das war doch nicht so schlimm“ abzutun, erklärt Claudia Reiter. Die Teilbereichsleiterin Psychosoziale Betreuung weiß, dass das Sprechen über Belastungen im Polizeidienst künftig Alltag werden muss.

Genauso wie das Einsatznachsorgeteam (ENT) sind die Polizeipsychologen Ansprechpartner für alle Kolleginnen und Kollegen nach belastenden Einsätzen. Aber nicht nur dafür, sondern auch für Belastungen, Probleme und Fragestellungen, die sich außerhalb des Dienstgeschäftes bewegen. Wir sind in den jeweiligen Direktionen an den Standorten des Polizeiarztlichen Dienstes zu finden. Oft besteht die Sorge, wohin die Informationen, die man dem Polizeipsychologen erzählt denn gelangen, wer davon erfahren könnte. Die Antwort darauf ist: Niemand. Wir unterliegen der Schweigepflicht, ebenso wie niedergelassene Psychotherapeuten.

Jeder Kollege und jede Kollegin verarbeitet Erlebtes anders, deshalb sprechen wir immer von potentiell belastenden Ereignissen: Wenn ein Ereignis Kollegen A stark belastet, kann das gleiche Ereignis für Kollege B ganz anders sein. Jeder Kollege hat seine eigene Wahrnehmung von einer bestimmten Situation und eigene Emotionen. Bewertungen Dritter, wie: „das war doch nicht so schlimm“ oder „das muss man doch aushalten“, „Augen auf bei der Berufswahl“ und Ähnliches sind kontraproduktiv.

Wichtig ist, zu wissen, welche persönlichen Reaktionen auf Belastungen es geben kann, wie man damit umgehen und wo man sich Hilfe suchen kann.

Sinnvoll ist es, darüber zu sprechen. Das, was ausgesprochen ist, kann man gemeinsam betrachten und verändern. Die erste Veränderung entsteht bereits durch die Tatsache, dass es ausgesprochen ist. Man ist es zum ersten Mal „los geworden“.

Die Gewalt gegen Polizeikräfte hat nachweislich zugenommen. Es gibt Ereignisse, wie zum Beispiel zuletzt in Senftenberg, wo sich die Kolleginnen und Kollegen körperlichen Angriffen oder Waffengewalt ausgesetzt sehen. Das sind Situationen, in denen das eigene Leben in Gefahr ist und binnen kurzer Zeit eine Entscheidung zur Bewältigung der Lage getroffen werden muss. Es kann sein, dass die Kollegen trotz intensiver Schulungen und Fortbildungen in derartigen Situationen Todesangst erleben. Dass im Nachgang an ein derartiges Ereignis erst einmal Vieles aufgewühlt ist, ist nachvollziehbar. Schlaflosigkeit, Alpträume, Unruhe, Rückzug, Traurigkeit, Appetitlosigkeit können auftreten. Diese Reaktionen sind normal. Die „akute Belastungsreaktion“ wird im neuen Diagnosesystem ICD 11 daher auch nicht mehr als Störung erfasst. Die Symptome verschwinden in der Regel nach ein paar Tagen oder Wochen. Sollte das nicht der Fall sein, sollten sich die Kolleginnen und Kollegen lieber früher als später Hilfe suchen, auch um psychischen Belastungsstörungen entgegenzuwirken.

Alltäglicher scheint geworden zu sein, dass den Kolleginnen und Kollegen vermehrt Respektlosigkeit, Ablehnung und Abwertung entgegengebracht werden oder die Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung abgenommen hat. Sie werden beschimpft und beleidigt oder angespuckt. Auch solche Situationen verankern sich. Es sind die „kleinen“ Angriffe, deren Summe letztlich die Belastung ausmacht. Die Kolleginnen und Kollegen erleben einen Widerspruch zu den eigenen Haltungen, Motiven, und Wertevorstellungen, so dass sie die Sinnhaftigkeit ihres Tuns infrage stellen. Vor allem ältere Kollegen berichten oft: „Das ist nicht mehr meine Polizei.“

Hierfür spielen auch andere Faktoren eine Rolle: zum Beispiel das Teamgefühl, der erlebte Rückhalt durch die Vorgesetzten und die Behörde, aber auch die Berichterstattung in den Medien.

Ich wünsche mir, dass das Sprechen über Belastungen zum Polizeialltag dazugehört, beispielsweise im Kollegenkreis, mit Vorgesetzten, in Fortbildungen oder Supervisionen u.v.m.

Es ist eine Stärke, die eigenen Grenzen zu (er-)kennen, um gesund im Dienst zu bleiben.

Claudia Reiter, Leiterin „Psychosozialer Betreuung“ beim PÄD



PÄD 2 ZDPOL Psychosoziale Unterstützung

PD West (Potsdam)
Frau Reiter/ Frau Lenz, Tel. 0331-2832845

PD Nord Oranienburg

Frau Reher, Frau Stephan, Tel. 03301-8503644

PD Süd (Cottbus)

Frau Jordan, Tel. 0355-7893644

PD Ost Frankfurt (Oder), Eberswalde

Herr Stave, Tel. 0335-5613641

Einsatz-Nachsorge-Team ENT

direkt über die Leitstelle Potsdam

Tel. 0331-3701-0

Fachliche Leitung:

Herr Matthias Mehlhorn, Tel. 0174-9293-800

PolizeipfarrerIn

Frau Beate Wolf, Tel.: 03301-8502304

Mobil: 0151-7055-3436

PÄD 5 ZDPOL Konfliktberatung der Polizei

Leiter: Herr Raimo Ermler

Tel. 0355-49372378, intern: 07-340-2378, mobil: 01713519155

Ein Blick in die Gremien

Einsatzkräfte schützen!

Deutschland ist ein föderaler Staat und Polizei ist Ländersache. Manche Phänomene und Entwicklungen aber machen an den Ländergrenzen natürlich nicht halt. Um hier eine einheitliche, mindestens aber abgestimmte Vorgehensweise zu entwickeln, beschäftigen sich auch die Gremien der Innenministerkonferenz (IMK) mit dem Thema: „**Konsequente Maßnahmen zum Schutz von Einsatzkräften**“. Den Stand hat Nico Neuendorf, amtierender Referatsleiter im Innenministerium, zusammengefasst.

die Identifizierbarkeit von Tatverdächtigen, die aus einer vermeintlichen Anonymität heraus handeln, ist eine Herausforderung.

Aber wie geht es weiter, wenn der Tatverdächtige erst mal identifiziert ist? Wie wird er sanktioniert und wie wirken die Sanktionen? Wie schützt man Einsatzkräfte vor Gewalt? Braucht es höhere Strafen?

Bereits 2020 fasste die IMK den Beschluss, die Wirkung einer weiteren Strafverschärfung zu prüfen. Flankierend dazu beschäftigt sich die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in einem Forschungsprojekt mit dieser Thematik. Aufgrund der fachlichen Nähe hat die Arbeitsgemeinschaft Einsatz (AG Einsatz) des Unterausschusses Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung



Foto: Therese Franz

Nico Neuendorf,
amtierender
Referatsleiter
im Innen-
ministerium

Zuweilen kann man den Eindruck gewinnen, dass sich Gewalt gegen Einsatzkräfte in bestimmten Teilen der Gesellschaft, zu bestimmten Anlässen und unter bestimmten Rahmenbedingungen zu einem akzeptierten sportlichen Wettkampf entwickelt, der eben zum Ereignis dazu gehört. Vor dem Hintergrund der seit Jahren ansteigenden

Fallzahlen sowie einer gewissen Häufigkeit der Feststellungen besteht durchaus die Gefahr einer gewissen Abnutzung, was die nachträgliche Empörung betrifft sowie einer schleichenden Normalisierung im Alltag.

Während sich Gewalt gegen Einsatzkräfte früher überwiegend im Kontakt zur Polizei entlud, sind nunmehr auch Angehörige von Rettungsdiensten und Feuerwehren oft und stark betroffen. Dabei macht es keinen Unterschied, wen es trifft, es macht keinen Unterschied, wer wie ausgerüstet und ausgebildet ist, in jeder Uniform steckt ein Mensch. Und niemandem ist es von vornherein zuzumuten, Gewalt aushalten zu müssen. Während die „klassischen“ Widerstandshandlungen im polizeilichen Alltag aufgrund überwiegend bekannter Täter recht gut verfolgbar sind, stellt sich das bei Großveranstaltungen wie Fußballspielen, Demonstrationen oder Silvesterfeiern oftmals schwieriger dar. Insbesondere

Mitte Juni hat die 219. Sitzung der Mitglieder der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) stattgefunden. Dabei wurden 95 Beschlüsse verabschiedet. Die Innenministerkonferenz beschäftigte sich mit so vielen Beschlussvorlagen wie noch nie. Unter anderem war die Sicherheit von Einsatz- und Rettungskräften Thema auf der Tagesordnung. Zum Abschluss erklärte die Vorsitzende Iris Spranger (Innensenatorin Berlin): „Mit Blick auf die Entwicklung der Angriffe auf Rettungs- und Einsatzkräfte verurteilen wir als IMK die Vorkommnisse aufs Schärfste.“ Dies rücke den Landfriedensbruch bei der Strafverfolgung und den Schutz der Rettungs- und Einsatzkräfte noch einmal deutlich in den Fokus. Daher spreche sich die IMK für eine Prüfung der Strafverschärfung aus, so Spranger weiter. Die nächste IMK wird im Herbst dieses Jahres ebenfalls in Berlin stattfinden. Im Jahr 2024 ist Brandenburg Vorsitzland der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder.

den Auftrag bekommen, auf Basis der Untersuchungen der DHPol, die Wirkung einer weiteren Strafverschärfung aus polizeifachlicher Sicht zu prüfen. Konkret stellt sich also die Frage, ob eine Strafverschärfung zum Schutz von Einsatzkräften beiträgt. Ein Zwischengutachten der DHPol kommt zu dem Ergebnis: wohl eher nicht. Seit 2011 wurde die Starfandrohung für Delikte nach §§113 ff. Strafgesetzbuch (StGB) bereits zweimal erhöht. Dennoch steigen die Fallzahlen. Das Zwischengutachten offenbart auch unterschiedliche Bewertungen befragter Instanzen. Interessant: Die im Rahmen von Experteninterviews einbezogenen

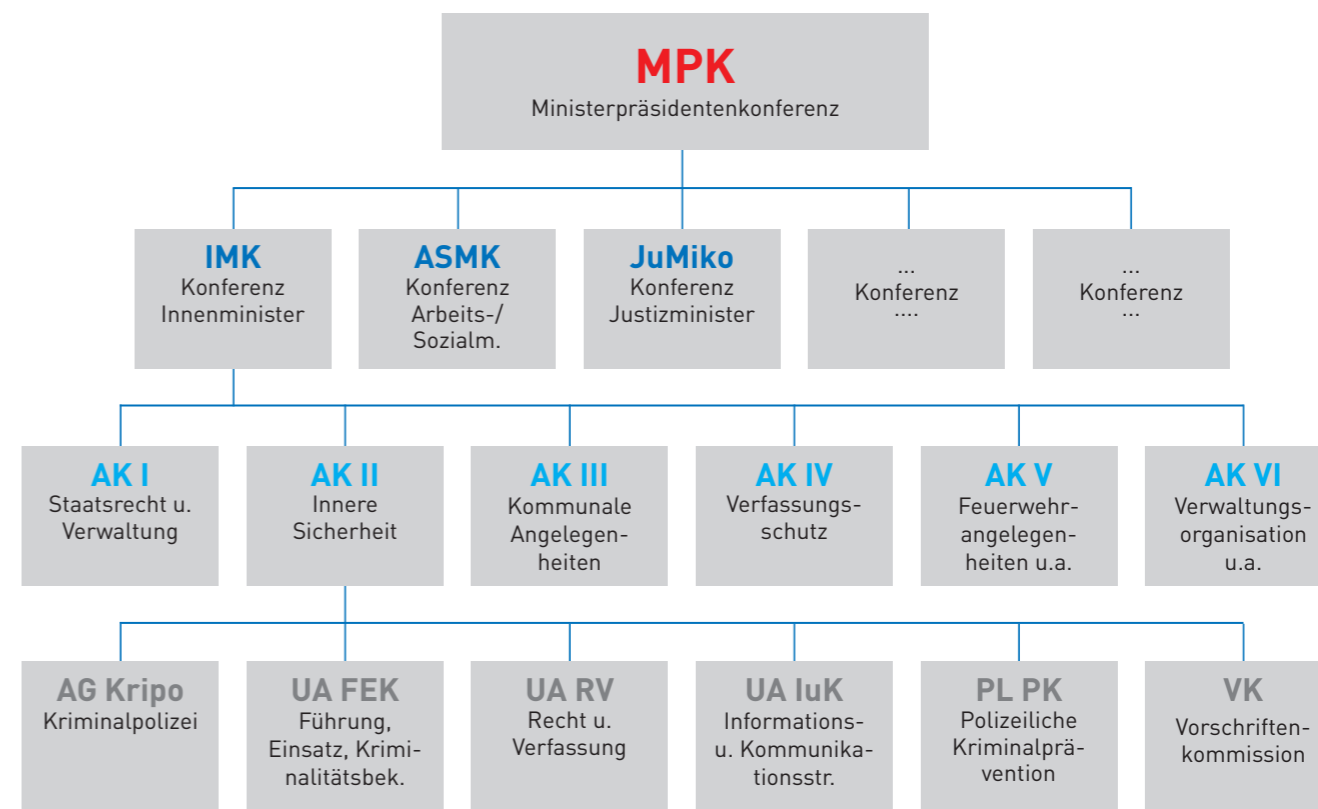


Bild oben links: **Blick in den Konferenzraum: Innenminister Michael Stübgen (l.) im Gespräch mit Polizei-Abteilungsleiterin Anja Germer**



Bild oben rechts: **Auf der 219. Sitzung der IMK war auch die Sicherheit von Einsatz- und Rettungskräften Thema**



Bild unten links: **Familienfoto: Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder sowie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (3. v. r.)**
Fotos (3): Sven Darmer

Staatsanwaltschaften fordern ein konsequenteres Vorgehen der Gerichte. Tatsächlich enden die weit überwiegenden untersuchten Fälle mit einer Geldstrafe, Freiheitsstrafen findet man selten und waren dann zur Bewährung ausgesetzt. Aber für Gerichtsschelte ist es nicht die Zeit. Der UA FEK und die AG Einsatz jedenfalls werden die Entwicklung eng begleiten und den länderübergreifenden Austausch fortführen. Das Abschlussgutachten bleibt zudem abzuwarten. Aber eine These darf durchaus gewagt werden:

„Höhere Strafen nützen nichts, wenn sie nicht angewendet werden und wenig, wenn sie nicht unmittelbar folgen.“

Da kommt die Nachricht, dass ein 23-Jähriger nach den Krawallen in der Silvesternacht in Berlin zu acht Monaten Haft verurteilt wurde zur rechten Zeit. 50 Stunden gemeinnützige Arbeit kommen obendrauf. Die Haft allerdings muss erst angetreten werden, wenn in der zweijährigen Bewährungszeit eine neue Straftat anfällt. Dennoch ein wichtiges Signal an beteiligte und potenzielle Straftäter, aber auch an betroffene Rettungskräfte und Polizisten. Und auch die Silvesternacht beschäftigt die Gremien. Denn was war eigentlich los? Haben wir tatsächlich eine Lage oder nur eine gefühlte? Diese Frage wird jeder Polizist und jede Polizistin für sich recht eindeutig beantworten können, die Sache ist aber auch politisch. Und nicht nur das, (Gegen-) Maßnahmen brauchen eine Grundlage und das ist meist ein Lagebild. Jedenfalls offenbarte ein Bund-Länderaustausch unmittelbar nach dem Jahreswechsel ein höchst unterschiedliches Bewertungssystem. Das fängt beim Betrachtungszeitraum an und hört bei den relevanten Delikten auf. Um das zu ändern, befasst sich gegenwärtig eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe damit, eine Vorlage für ein einheitliches Lagebild zu erarbeiten. Unter Federführung des BKA und mit Beteiligung der AG Kripo (LKA-Chefs der Länder) sowie des UA FEK werden alle Fachlichkeiten eingebunden, um beginnend ab dem nächsten Jahreswechsel einheitlich und valide darstellen zu können, welches Ausmaß die Eskalationen gegenüber Einsatzkräften annimmt. Dann gilt es „nur“ noch die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. Ich bin sicher..., ein Thema für die Gremien.

Nico Neuendorf, Referatsleiter im Innenministerium

Umgang mit Gewalterfahrungen im Dienst

Ist Gewalt sozial oder asozial? Welche Tipps gibt es, um mit Erfahrungen von Gewalt im Dienst umzugehen? Der Leiter des Einsatznachsorgeteams (ENT), Matthias Mehlhorn, zeigt die verschiedenen Möglichkeiten auf.

In der Soziologie werden beide Formen beschrieben. Man spricht von sozialer Gewalt, wenn der Täter seinen Status oder sein Territorium verteidigt. Asoziale Gewalt bedeutet, dass der Täter sein Gegenüber im Geiste entmenschlicht, um einen Profit, z.B. durch einen Raub, zu erlangen oder seine Bedürfnisse zu befriedigen, z.B. Triebtäter.

Für direkt mit Gewalt konfrontierte Kollegen ist im ersten Moment irrelevant, aus welcher Motivation das Verhalten entstand, wenn sie in Sekundenschnelle Maßnahmen zur Beendigung von Gewalthandlungen gegen sich oder Dritte treffen müssen. In schwierigen Einsätzen gibt es zudem nicht immer die Gelegenheit, alle notwendigen Informationen auszutauschen, um den Konflikt zu verstehen und kommunikativ zu lösen. Heftige Gewalteskalation, wie Angriffe mit gefährlichen Gegenständen, Schusswaffen oder Gewalt aus mobilen Gruppen heraus, wirken auf die Kollegen mitunter lebensbedrohlich und sind daher häufig mit Belastungsreaktionen verbunden. Diese gilt es anzuerkennen und mittels eigener Erfahrungen im Umgang mit negativem Stress oder auch mit Unterstützung zu bearbeiten.

Ein paar Tipps dazu

- **Es geht Dir schlecht?** – Nimm Dir frei oder melde Dich krank. Dein Vorgesetzter versteht das sicher, wenn Du es ihm erklärst.
- **Du willst trotzdem Dienst verrichten, weil Du es brauchst?** – Sprich mit Deiner Führungskraft über Verwendungsmöglichkeiten in Deiner aktuellen Situation.
- **Du bist fassungslos und traurig?** – Zieh Dich zurück, schau Deine Gedanken zu dem Ereignis bewusst an. Finde Erklärungen, warum dies so geschah, die Dich entlasten oder nimm das Geschehene an. Trauere, lass Tränen zu. Allein oder zu zweit.
- **Du bist wütend?** – Reagiere Dich ab. Suche die für Dich passende Möglichkeit des Rauslassens der Wut.
- **Du musst reden?** – Finde den für Dich richtigen Zuhörer, denn „Sich aussprechen befreit, schweigen bedrückt.“ (Elfriede Brandler). Nimm Dir nach heftigen Einsätzen die Zeit, Dich mit Deinen Kollegen zu den Erlebnissen auszutauschen. Auch wenn es Dir selbst gut geht, kann es bei anderen zu einer Belastung gekommen sein, die noch nachwirkt und Du bist derjenige, der zuhört und andere dadurch entlastet. Das ENT unterstützt mit seinen Mitwirkenden aus der Polizei und den Fachkräften Dich oder die an einem Einsatz beteiligte Gruppe gern bei diesen Gesprächen.

Nutze bei Bedarf auch andere Ressourcen wie Deinen Lebenspartner, Freunde oder Angehörige, wenn Du es brauchst und es Dir guttut. Sollte es Dir nach wenigen Tagen partout nicht bessergehen, Sorge für Dich und nimm professionelle Hilfe in Anspruch. Hier kann ein Einzelgespräch mit einem Kollegen vom ENT, der Polizeiseelsorgerin oder mit einem Polizeipsychologen wichtig sein.

Der Kollege des Einsatz-Nachsorge-Team führt Dich in einem vertraulichen strukturierten Gespräch behutsam durch Deinen Einsatz und bewahrt Dich gleichzeitig vor einem erneuten Durchleben, welches Dich verletzen könnte. In dem nach wissenschaftlichen Kriterien erprobten Gesprächsrahmen wirst Du durch folgende vier Bereiche (nach Standards der Bundesvereinigung SBe) geführt:



Matthias Mehlhorn

1. Stabilisierung – Sicherheit durch Distanz zum Einsatz, zeitliche Einschränkung und Ressourcenorientierung;
2. Rekonstruktion und Konfrontation – Möglichkeit zum Ausdruck Deiner Erlebnisse, Sortieren, Reaktionen;
3. Normalisierung – unterschiedlichste Reaktionen auf solche Einsätze erklären und normalisieren;
4. Perspektive – Besprechung der möglichen Bewältigungsstrategien (z.B. das Verstehen der Eskalation der Gewalt), weitere Bedarfe, Angebote, Vermittlung;

Dieser Prozess wird durch Einsatzkräfte im Nachhinein meistens als emotional und anstrengend beschrieben, zugleich jedoch angenehm und entlastend. Der Vorteil ist, dass Du keinen Deiner Dir nahestehenden Personen diese Bürde auferlegen musst. Wir ENT-ler sind dafür geschult und haben Möglichkeiten, uns anschließend selbst davon zu entlasten.

Wisse darum: Je länger starke Belastungsreaktionen anhalten, d.h. über Wochen, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit einer Traumafolgerkrankung wie Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS), Depression, Angstzuständen oder anderen. Diese sind dann unter einer monatelangen Krankschreibung erst wieder auszutheraipieren. Darum Sorge für Dich durch Nutzung der angebotenen Nachsorgeangebote, Du wirst noch gebraucht – und zwar gesund!



Abtauchen und weg: Mit dem vollbeladenen Wasserbehälter wird zum Einsatzort geflogen.

Praxisteil der bundesweit einmaligen Ausbildung zum Luftkoordinator im Brand- und Katastrophenschutz auf dem Flugplatz in Müncheberg

BINDEGLIED ZWISCHEN LUFT UND BODEN

Es ist ein sonniger Donnerstagvormittag auf dem Flugplatz in Müncheberg. Doch aus der Ferne ist bereits ein Rauschen zu hören. Es kommt immer näher und wird deutlich lauter. Ein Blick zum Himmel verschafft Klarheit. In der Ferne lässt sich der blau-weiße Hubschrauber schon erspähen



Brandbekämpfung aus der Luft ein essentielles Mittel sei, heißt es im aktuellen Waldbrandbericht, der vom Brandenburger Innenministerium veröffentlicht wurde.

Auf der Grünfläche herrscht währenddessen großer Trubel. Ein orangefarbenes Kunststoffgebilde wird aufgebaut. Die Feuerwehrleute packen alle mit an, um den sogenannten Fire-Flex-Tank aufzurichten. Er ähnelt einem aufblasbaren Swimmingpool und wird mit Wasser, welches aus den Feuerwehrschläuchen kommt, auf-

Er gleitet über den großen Kiefernwald. Nach ein paar Runden um den Flugplatz landet er auf der riesigen Grünfläche. Währenddessen lassen die Blicke der 45 Feuerwehrleute aus allen Teilen Brandenburgs nicht von ihm ab. Gespannt und mit Vorfreude verfolgen sie die Ankunft des Polizeihubschraubers. Auch die Bediensteten der Brandenburger Polizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, die mit vor Ort sind, schauen ihm beim Landeanflug gespannt zu.

Teamwork: Gemeinsam packen die Feuerwehrkräfte an, um den 36.000 Liter fassenden Fire-Flex-Tank aufzustellen



Der Hubschrauber der Bundespolizei ist Teil der praktischen Luftkoordinatorenausbildung, die an jenem Tag Ende März stattfindet. „Das sind Führungskräfte der Feuerwehren, die koordinierende Hilfe leisten und die technische Einsatzleitung beraten zu den Kräften in der Luft“, erklärt Heinz Rudolph, Leiter der Brandenburgischen Landesfeuerwehrschule, die Funktion der Luftkoordinatoren. Dabei gehören insbesondere die Einrichtung und Sicherung von Außenstationen

sowie der Entnahme und Betankungsplätzen zu ihren Aufgaben. Sie seien das Bindeglied zwischen den Kräften am Boden und denen in der Luft, so Rudolph weiter.

Die Landesfeuerwehrschule bietet seit dem Jahr 2020 den bundesweit einmaligen Lehrgang zum Luftkoordinator an. Allein im vergangenen Jahr gab es in Brandenburg 521 Waldbränden, fünf davon galten als Großschadenslage. Damit habe auch die zurückliegende Waldbrandsaison gezeigt, dass

gefüllt. Schließlich soll die Übung möglichst realitätsnah durchgeführt werden. Sodass das Wasser nicht aus einem der umliegenden Seen geholt wird, sondern wie im Einsatzfall über den Fire-Flex-Tank bereitgestellt werden kann. Dieser kann bis zu 36.000 Liter Wasser fassen. Vor allem in Bereichen, wo keine Löschwasserteiche in unmittelbarer Nähe sind, kommen sie zum Einsatz.

Auch hierbei kommt den neu ausgebildeten Luftkoordinatoren

Wasser Marsch: Eine stete Wasserversorgung ist auch für die Bekämpfung von Waldbränden aus der Luft essentiell. Luftkoordinatoren übernehmen unter anderem diese Aufgabe.



→
Im Anflug: Präzisionsarbeit in der Luft ist erforderlich, um mit dem Bambi Bucket aus dem Fire Flex Tank Wasser zu entnehmen.

Kurz vor'm Abheben: Bambi Bucket und Hubschrauber der Bundespolizei sind zum Start bereit. →



Fotos (5): Stephan Henke

schrauber bereit, abzuheben. Erneut wirbelt er Staub und trockenes Gras auf. Als er diesmal in den Himmel steigt, befindet sich unter ihm ein angeketteter orangefarbener Wasserbehälter, ein sogenannter Bambi Bucket. Dieser ist dort befestigt, um Wasser aus dem Fire-Flex-Tank zu entnehmen. Dabei kann er etwa 2000 Liter Wasser fassen. Der Pilot steuert den Hubschrauber mit dem nun dazugehörigen Wasserbehälter langsam in Richtung des riesigen Wasserbeckens am Boden. Als er genau darübersteht, muss durch ge-

angekommen ist. Während der Hubschrauber erneut Wasser holt, üben die Luftkoordinatoren im Stationsbetrieb.

So erstellt beispielsweise die am Hubschrauber der Brandenburger Polizei angebrachte Hightech-Kamera präzises Bildmaterial vom Einsatzgebiet. Damit können die Einsatzkräfte am Boden genauestens gesteuert werden, aber auch der Hubschrauber mit dem Bambi Bucket erhält die nächste Abwurfposition. Außerdem beschreiben die neu ausgebildeten Koordinatoren

eine entscheidende Rolle zu. Teil der Übung und des Ernstfalls ist, dass das Becken stets mit Wasser gefüllt ist. Dabei muss der Fluss kontinuierlich sein, sodass der Hubschrauber nicht über dem Fire Flex Tank kreist und auf Wassernachschub wartet. Das Üben dieser und weiterer Aufgaben, ist Teil des Praxisseminars.

Plötzlich herrscht Stille auf dem Flugplatz. Gespannt wird darauf gewartet, dass sich die Rotoren anfangen zu drehen. Nach wenigen Minuten ist der Bundespolizei-Hub-

zieltes Steuern des Hubschraubers der Wasserbehälter in den großen Fire-Flex-Tank eingetaucht werden. Präzisionsarbeit aus der Luft. Nach wenigen Versuchen gelingt es. Mit dem vollbeladenen Wasserbehälter fliegt der Pilot nun über den Flugplatz zu den gesetzten Markierungen, wo sich kleine rote Gefäße befinden und wirft dort das Wasser ab. Aus den am Boden stehenden Gefäßen wird später nachgemessen, wie viel von dem abgeworfenen Wasser bei welchem Flugmanöver

Einsatzgebiete, kennen Löschwasserentnahmestellen und haben alle wichtigen Kontakte auf dem Handy. „Es ist wichtig, in der Krise Köpfe zu kennen“, sagt der Landesfeuerwehrschulleiter Rudolph.

Er fügt noch hinzu, dass durch die neu ausgebildeten Luftkoordinatoren Brandenburg noch verlässlicher aufgestellt ist. Ein Blick, der zuversichtlich stimmt, denn die aktuelle Waldbrandsaison ist bereits in Gang. **Samira Zoch, Praktikantin in der Pressestelle des MIK**

PLÖTZLICH MITTENDRIN

Ein halbes Jahr haben wir noch, oder: Die Hälfte des Jahres 2023 ist vorüber. Egal, ob das Jahr für Sie noch zur Hälfte vor Ihnen liegt oder schon halb vorüber ist, für die polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit geht es in Sachen Foto-Kalender 2024 gerade in die Hochphase. Mehr als die Hälfte der Fotoshootings für die 13 Kalendermotive sind bereits im Kasten. Samira Zoch, von Januar bis Mai Praktikantin in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MIK, hat mehrere Fotoshootings begleitet. Ihre Erlebnisse schildert sie exemplarisch am Besuch im Einsatz- und Lagezentrum (ELZ).

Es sollte ein Tag wie jeder andere im Einsatz- und Lagezentrum sein. Gemeinsam mit der Fotografin standen Aufnahmen vom Alltag im ELZ an.

Die ersten Motive waren bereits fotografiert, als plötzlich die Meldung eines vermeintlichen Amoklaufs an einer Potsdamer Schule einging. Sofort hieß es höchste Alarmbereitschaft. Ich erinnere mich noch gut daran, dass alle Kolleginnen und Kollegen wie auf Knopfdruck in den Ernstfallmodus umschalteten. Im Raum wurde es ruhiger und zugleich hektischer. Man spürte förmlich die Anspannung in der Luft.

Sofort wurden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert und der Einsatz geplant. Männer und Frauen der Spezialeinheiten sprangen in die Einsatzfahrzeuge und rasten mit Blaulicht davon. Das Szenario war unwirklich, vor dem Fenster des ELZ die eingespielte Alarmierung der Spezialkräfte. Im ELZ: konzentrierte Ruhe.

Während parallel die „normalen“ Notrufe weiterbearbeitet werden, entstehen in einer separaten Ecke des großen Raumes Schautafeln mit den bereits gesicherten Infos, Ansprechpartnern und bereits vor Ort angekommenen Kräften. Schier

endlos viele Telefonate werden geführt. Später erfuhr ich, dass mehrere Kolleginnen und Kollegen, die zu diesem Zeitpunkt im ELZ tätig waren, selbst Kinder in der betroffenen Schule hatten. An ihrer Professionalität und Ruhe änderte dies nichts.

Die Lage war unübersichtlich, Informationen kamen nur bruchstückhaft und widersprüchlich an. Es galt, schnell zu handeln und zugleich besonnen zu bleiben, denn die vermeintliche Gefahr schien real. Doch dank der hervorragenden Zusammenarbeit und der professionellen Vorbereitung konnte nach knapp vier Stunden schließlich Entwarnung gegeben werden, der Amokalarm wurde versehentlich ausgelöst. Trotzdem war an Fotoaufnahmen nicht mehr zu denken.

In solchen Momenten wird auch einem Laien wie mir bewusst, wie wichtig das Einsatz- und Lagezentrum für den Erfolg der Polizeiarbeit ist. Hier laufen alle Informationen zusammen, werden Einsätze geplant und koordiniert. Das Einsatz- und Lagezentrum ist ein Herzstück der Polizei Brandenburg und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dort täglich eine wertvolle Arbeit für unsere Sicherheit.

Samira Zoch



Weihnachtsmarkt



Mit KT im Wald



ELZ



Höhenretter



Phantombild

Ein Video und weitere Informationen finden Sie hier:



SCAN ME

GLÜCKSBRINGER ALS SUPER-POWER

Rituale und Glücksbringer sind für viele Sportlerinnen und Sportler unerlässlich, so auch für einige Brandenburger Polizeisportler. Sogar wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen die positive Wirkung der Talismane.

Einen viel passenderen Glücksbringer als Kristin Pudenz kann man nicht haben. An ihrer Kette hängt ein Anhänger, auf dem ein Diskuswerfer zu sehen ist. „Das war damals eine Sonderprägung für die Olympischen Spiele in Athen“, erzählt die Olympiasilbermedaillengewinnerin von Tokio 2021, die in diesem Jahr als Polizeisportlerin des Jahres ausgezeichnet wurde. „Auch meine ganze Trainingsgruppe hat diese Kette und ich habe meine nach Tokio geschenkt bekommen. Da haben sie gesagt, jetzt habe ich sie verdient“, sagt die 30-Jährige. „Sie haben sie von einem Künstler auf dem Rostocker Weihnachtsmarkt gekauft, der alle möglichen Motive aus Münzen ausschneidet.“

In Tokio selbst, beim bislang größten Erfolg ihrer Karriere, hatte sie noch ein vierblättriges Kleeblatt im Portmonee, das ihr eine Freundin laminiert und geschenkt hatte. „Ich bin jetzt nicht unbedingt abergläubisch, aber man hat ja trotzdem so seine Abläufe und man denkt sich schon: Wenn ich alles so mache wie die letzten Male, dann kann nichts schiefgehen“, sagt Pudenz.

Tatsächlich kommen selbst wissenschaftliche Studien zum Schluss, dass Glücksbringer einen positiven Effekt auf die Leistung haben können. „Sie belegen, dass Glücksbringer und abergläubische Rituale Sportlerinnen und Sport-

lern manchmal das Quäntchen mehr Selbstvertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit schenken, das dann für den Sieg ausschlaggebend sein kann“, sagt Ralf Brand, Professor für Sportpsychologie an der Universität Potsdam. „Abergläubische Rituale, wie zum Beispiel das Platzieren eines Glücksbringers auf der Sporttasche oder seltsam anmutende Rituale wie etwa das immer gleiche Zurücktreten von Cristiano Ronaldo zum Anlauf bei Freistößen, helfen Sportlern außerdem dabei, ihre Aufmerksamkeit zu bündeln und sich besser auf die bevorstehende Aufgabe zu konzentrieren. Rituale geben Handlungssicherheit. Das ist im Sport so und in vielen anderen Lebensbereichen auch“, erklärt Brand.

Auch Vanessa Fischer hat ein solches Ritual. Seit rund zwei Jahren taped sich die Torhüterin von Turbine Potsdam immer den kleinen Finger oder den Ringfinger der linken Hand mit einem grünen Band. „Da hatte ich mal eine Verletzung, danach habe ich den Finger grün getaped und dann lief das Spiel ganz gut, seither ist das für mich zu einem Ritual geworden“, erzählt die Fußballerin. „Und Grün ist auch noch die Farbe der Hoffnung“, ergänzt die 25-Jährige, die wie Kristin Pudenz Mitte März als beste Polizeisportlerin mit Sportförderung ausgezeichnet wurde. Die gleiche Ehrung bekam Leichtathlet Justus Ringel bei den Männern, auch der 400-Meter-Hürden-Sprinter hat sein ganz eigenes Ritual, das er durch seine Oma verpasst bekam. „Es lief irgendwann nicht mehr so gut bei mir und dann meinte sie: Stell doch einfach mal einen Tag vor dem Wettkampf deine Laufschuhe unters Bett. Tatsächlich lief es am nächs-

ten Tag viel besser, seither mache ich das“, erzählt Ringel. Außerdem hat er beim Umzug seiner Großeltern im alten Nähkasten seiner Oma schwarze Sicherheitsnadeln gefunden. „Solche schwarzen Sicherheitsnadeln kannte ich nicht und habe mir die sofort gesichert. Wenn besondere Wettkämpfe anstehen, dann befestige ich damit immer meine Startnummer“, erzählt Ringel.

Lysann Damisch, Sportwissenschaftlerin an der Deutschen Sporthochschule Köln, führte vor einigen Jahren mehrere Experimente zu dem Thema durch und konnte den wissenschaftlichen Nachweis erbringen, „dass Menschen, wenn sie den Glücksbringer benutzen dürfen, an den sie glauben, tatsächlich mit mehr Selbstvertrauen an die zu lösende Aufgabe herangehen, sich dann aber vor allem höhere Leistungsziele für die anstehende Aufgabe setzen und sich mehr bemühen, das selbstgesteckte Ziel zu erreichen. In diesen leistungsbegünstigenden, psychologischen Faktoren liegt die wirkliche ‚Super Power‘ von Glücksbringern“, sagt Sportpsychologie-Professor Brand. Unter anderem ließ die Kölner Wissenschaftlerin die Hälfte einer Testgruppe Golfbälle mit ihrem Glücksball einlochen, die andere Hälfte ohne Glücksball. Von zehn Bällen fielen im Schnitt sechs Glücksbälle ins Loch, bei der anderen Gruppe waren es nicht mal fünf.

Wie viele Sportlerinnen und Sportler Glücksbringer und Rituale nutzen, sei wissenschaftlich noch nicht erhoben worden, erzählt Brand. „Aber ich kann aus meinen Erfahrungen mit Spitzensportlerinnen und Spitzensportlern berichten, dass es wirklich wenige sind, die



Foto: Privat

Kristin Pudenz

Für die Olympischen Sommerspiele 2004 in Athen gab es Sonderprägungen eines Zwei-Euro-Stücks, dieses hat Kristin Pudenz von ihrer Trainingsgruppe geschenkt bekommen.

nicht irgendeine Art von Glücksbringer haben oder kleine, abergläubisch wirkende Handlungsroutinen für sich entdeckt haben“, sagt der 52-Jährige. Der ehemalige Basketball-Bundesliga-Schiedsrichter sagt aber auch, dass viele Sportlerinnen und Sportler den Glücksbringer mit einem gewissen Augenzwinkern nutzen würden. „Sie wissen sehr wohl, dass die eigentlichen Gründe für Erfolg und Misserfolg natürlich nicht in erster Linie beim Glücksbringer liegen. Das Schicksal vieler Glücksbringer oder glückbringender Rituale ist deshalb auch, dass sie nach einer gewisser Zeit ausgedient haben. Meist dann, wenn es mit dem Glück dann eben auch mal vorbei ist.“

Stephan Henke

Polizeisportlerinnen und -sportler des Jahres 2022

Bei der 19. Polizeisportlerehrung Brandenburgs wurden folgende Personen ausgezeichnet:

Polizeisportlerinnen des Jahres

Kim Losensky (Schwimmen und Retten), Olivia Wrobel (Schwimmen und Retten), Leonie Kluwig (Leichtathletik/Lauf)

Polizeisportler des Jahres

Peter Richter (Rennrad und Mountainbike), Zbigniew Owczarek (Basketball), Felix Wolf (Schwimmen), Jens Killat (Ausdauersportarten)

Polizeisportlerin des Jahres mit Sportförderung

Kristin Pudenz (Leichtathletik/Diskuswerfen), Vanessa Fischer (Fußball)

Polizeisportler des Jahres mit Sportförderung

Melvin Imoudou (Schwimmen), Justus Ringel (Leichtathletik/Lauf)

Verdienste für den Polizeisport

Wolfram Christen (20 Jahre Trainer Laufdisziplinen in der Polizei Brandenburg)



Foto: Saskia Nafe

Vanessa Fischer

Nach einer Verletzung trägt Turbine-Torhüterin Vanessa Fischer seit rund zwei Jahren bei Spielen ein grünes Tape am Finger.



Foto: Privat

Justus Ringel

Justus Ringel stellt in der Nacht vor Wettkämpfen seine Laufschuhe unter sein Bett, seine Startnummern befestigt er mit schwarzen Sicherheitsnadeln von seiner Oma.

EIN KATZ-UND-MAUS-SPIEL

Berlin – Immer mehr Menschen sammeln sich an der Ampel. Sie warten. Möge die Fußgängerampel doch endlich auf Grün schalten, denken sich wohl einige. Doch die Autos rasen weiter über die große Kreuzung an der Greifswalder Straße in Berlin. Die ersten Fahrzeuge bremsen ab. Das Ampelmännchen wechselt die Farbe. Es ist grün. Nun muss alles ganz schnell gehen. Ein Transparent wird entrollt, der Klebstoff in den Händen verteilt und schließlich mitten auf der Fahrbahn Platz genommen. Anschließend die Hände noch auf die Straße geklebt – fertig. Eine von mittlerweile unzähligen Protestaktionen der Gruppe Letzte Generation nimmt ihren Lauf.

Der Verkehr staut sich, es ist kein Durchkommen mehr. An diesem Punkt kommt der Berliner Polizeihauptkommissar Ronny Knop mit seiner Einheit ins Spiel. Er ist einer von bis zu mehreren Hundert Einsatzkräften, die sich derzeit speziell um die Blockadeaktionen der Letzten Generation kümmern.

Zunächst erfassen Knop und Kolleginnen sowie Kollegen den Sachverhalt. „In den meisten Fällen müssen wir davon ausgehen, dass eine Versammlung vorliegt, die nicht angemeldet ist“, sagt der 45-Jährige. Sie würden dann versammlungsfreundlich vorgehen, versuchen, einen Versammlungsleiter ausfindig zu machen oder auch die Teilnehmenden auf einen anderen Platz, weg von der Fahrbahn zu bewegen. Meistens bleibt das aber erfolglos, nach wiederholten Ansagen beginnen die Polizeikräfte die Versammlung aufzulösen.

„Grundsätzlich gibt es dann erstmal eine Auflösungsverfügung, damit sie wissen, die Versammlung wird von unserer Seite aus beendet“, sagt Knop. Bis dahin ist erfahrungsgemäß eine Viertelstunde vergangen. Der Verkehr staut sich immer weiter. Doch seine Kolleginnen und Kollegen nutzen die Zeit, indem sie bereits Beweise sichern. In diesem Zusammenhang werden Videoaufnahmen und Fotos der Blockade bzw. blockierenden Personen und der Fahrzeuge inklusive des Ausma-

ßes des Staus gemacht. Es werden Skizzen erstellt, wer wo saß und die Feststellungen von Zeuginnen und Zeugen aufgenommen. Es wird dokumentiert, wer nur sitzend protestiert oder sich tatsächlich angeklebt hat. Mit Pinsel und Speiseöl wird dann Finger für Finger die protestierende Person von der Straße gelöst. „Für das Jahr 2022 sind knapp 300 Liter Speiseöl beschafft worden, bis Juni dieses Jahres etwa 400 Liter Speiseöl. Der Großteil davon ist auch schon verbraucht“, führt der Polizeihauptkommissar weiter aus.

Nicht nur am Verbrauch von Speiseöl zum Lösen der sogenannten Klimakleber ist die Zunahme der Protestaktionen sichtbar. Angaben der Berliner Polizei zufolge gab es seit Anfang 2022 von den Gruppen Extinction Rebellion und der Letzten Generation zusammen knapp 600 Blockadeaktionen in Berlin. Mit knapp 300 im ersten Halbjahr 2023 in etwa so viele wie im gesamten zurückliegenden Jahr. Im Vergleich dazu ist die Zahl der Blockadeaktionen in Brandenburg nahezu gering. Hier liegt die Zahl im niedrigen zweistelligen Bereich.

Aber auch die Aktionsformen der Klimabewegung haben sich verändert. Im Jahr 2019, so Knop, gab es große Protestformen, bei denen bis zu 200 Personen Kreuzungen blockiert haben. „Mittlerweile sind die Strategien so ausgelegt, dass es nicht große Aktionen sind, sondern viele kleine, um gezielt Nadelstiche

zu setzen.“ Und nicht nur das. Statt Sekundenkleber wird ein Sand-Klebe-Gemisch verwendet. Mit Speiseöl als Lösungsmittel kommen die Polizeikräfte hier nicht mehr weiter. Hammer und Meißel, Flex und Presslufthammer kommen indes zum Einsatz. Spezialkräfte von der Technischen Einheit rücken an, die zwar speziell geschult sind und stets Vorsicht walten lassen, erklärt Knop. Doch auch ein Presslufthammer kann mal abrutschen. Ein gefährliches Spiel, dessen sich die Protestierenden aber durchaus bewusst sind, so der Polizeihauptkommissar weiter.

Dazu fällt ihm auch noch ein Einsatz ein: Auf der Berliner Stadtautobahn ist der Berufsverkehr in vollem Gange. Plötzlich verlangsamt ein LKW das Tempo, bremst den nachfolgenden Verkehr aus. Er zieht quer über die Fahrbahn und wird abgestellt. Blockade errichtet. Anschließend kleben sich Aktivisten sowohl auf dem Dach des Lastwagens fest als auch darunter. „Neben unseren Einsatzkräften musste da noch die Feuerwehr hinzugezogen werden, um den LKW ein wenig anzuheben und die Personen unter dem LKW zu lösen.“ Die Aktivisten hatten sich mit einem Sand-Klebe-Gemisch festgeklebt. Im Anschluss gab es ein weiteres Problem. Der Schlüssel des Lasters war nicht auffindbar, vermutlich in der nahegelegenen Spree versenkt. Ein Abschleppwagen brachte den Laster

schließlich von der Fahrbahn. Der Zeitaufwand war erheblich. Rund sieben Stunden war die Berliner Stadtautobahn Höhe Rudolf-Wissel-Brücke an diesem Tag gesperrt. Mittlerweile seien diese Einsätze eine ziemliche Belastung, erzählt der 45-Jährige. Schon mit Dienstbeginn wisse man, dass es heute wieder heißt, Personen von der Straße zu lösen – und das über Wochen. Tag für Tag, Einsatz für Einsatz.

Hinzu kommt der zunehmende Unmut der Autofahrenden. Gerade in den zurückliegenden Monaten haben die Straßenblockaden immens zugenommen. Die Letzte Generation selbst hatte Anfang des Jahres angekündigt: „2023 wird unser Widerstand größer als je zuvor“. Was das bedeuten soll, wurde im Frühling deutlich. Die Zahl der Straßenblockaden stieg, das Verständnis in weiten Teilen der Bevölkerung, allen voran das der Autofahrenden, sank. Das sei auch verständlich, sagt Knop. Wenn jemand das vierte oder fünfte Mal in einem Stau steht, der durch eine Blockadeaktion entstanden ist, da reiße eben der Geduldsfaden. Selbstjustiz ist aber fehl am Platz. Mittlerweile wird in Berlin gegen rund 40 Autofahrer wegen Körperverletzung, Beleidigung oder Verstoß gegen das Berliner Versammlungsfreiheitsgesetz ermittelt, wie

aus einer Antwort des Innensenats hervorgeht. „Es bringt nichts, diejenigen eigenständig von der Straße zu schleifen“, so der Polizeihauptkommissar „oder denjenigen, die sich festgeklebt haben, auf die Hände zu treten oder sie zu beleidigen. Wir als Polizei sind dafür da, diese Blockadesituationen zu lösen.“

Insbesondere der Cocktail aus unvorhersehbaren Faktoren macht die Einsätze immer mehr zur Belastung. Polizeihauptkommissar Knop erinnert sich an einen weiteren Einsatz auf der Berliner Stadtautobahn, wo das besonders deutlich wurde. An einer Verkehrszeichenbrücke oberhalb der Fahrbahn hatte sich eine Person festgekettet, eine andere an einem Metallteil festgeklebt. „Da stellten sich drei Fragen: Wie kommen wir da hoch? Wie kriegen wir die Personen vernünftig gelöst? Und insbesondere, wie kriegen wir sie wieder vernünftig herunter?“, erzählt er. Sowas hatte er zuvor noch nicht erlebt. Die Feuerwehr wurde hinzugezogen, ebenso die Straßenmeisterei. Währenddessen staute sich der Verkehr durch die vorgenommene Sperrung über weite Strecken. „Die Personen da runterzubewegen, ist schon eine Mammutaufgabe.“ Gerade auch, als die Straßenmeisterei eine Traglast von zirka 300 Kilogramm suggerierte. Zwei Personen plus Einsatzkräfte,

da sei das zulässige Gewicht schnell erreicht. „Zum Glück haben die vielen Gespräche Wirkung gezeigt, sodass sie selbstständig nach dem Lösen heruntergekommen sind.“

Dass durch solche Aktionen die Mehrheit nicht erreicht werde, ist für Polizeihauptkommissar Knop klar. Der Unmut nehme eben nur noch stärker zu. Verwunderlich sei es für ihn persönlich deswegen auch nicht, dass sich erste Klimabewegungen von den Aktionen der Letzten Generation distanzieren. Fridays-for-Future-Sprecherin Anika Rittmann sagte vor Beginn der Protestwelle im April beispielsweise: „Die Klimakrise braucht gesamtgesellschaftliche Lösungen. Und die finden und erstreiten wir nur gemeinsam und nicht, indem wir Menschen im Alltag gegeneinander aufbringen“.

Derzeit rollt der Verkehr auf Berlins Straßen im üblichen Tempo – nahezu ohne Aktionen der Letzten Generation. Doch spätestens im Herbst könnte es damit wieder vorbei sein. Der „Plan für 2023“ sehe eine Ausweitung des Protests in Berlin vor, um mit vielen Menschen einen sozialen Wendepunkt zu erschaffen, so das Strategiepapier. Für Polizeihauptkommissar Knop wird das Katz-und-Maus-Spiel dann weitergehen.

Josefin Roggenbuck

Foto: Polizei Berlin



Mitglieder der Letzten Generation klebten sich in Berlin auf einer Schilderbrücke fest.

PRACHTVOLL FÜR POST UND POLIZEI

POLIZEI
REVIER-
GESCHICHTEN

In Wittstock ist die Polizei 2019 in ein ehemaliges Postgebäude eingezogen - in eines der schönsten Polizeigebäude Brandenburgs



Das historische Gebäude



Vor der Sanierung



Nach der Sanierung

Fotos (4): Stadt Wittstock/Dosse

Manchmal wechselt Dana Hefenbrock mitten am Tag ihren Job. Dann wird sie für kurze Zeit von der Wittstocker Polizeirevierleiterin zur Postbotin. Denn am historischen Reviergebäude hängt ein originaler blauer Briefkasten aus der 1885-Reihe, gusseisern und 75 Kilogramm schwer, er soll an die Post-Geschichte des Hauses erin-

nern. „Ich habe tatsächlich einen Schlüssel für den Briefkasten, weil die Post, die drin liegt, meistens für die Polizei bestimmt ist. Oder ich muss den kurzen Weg zum gelben Kasten nehmen“, sagt Hefenbrock und zeigt auf den Post-Briefkasten auf der anderen Straßenseite, in den sie die ab und an irrtümlich eingeworfenen Briefe pflichtbewusst wirft.

Seit gut vier Jahren läuft das so, Ende Mai 2019 zog die Polizei in

das ehemalige Postgebäude in der Innenstadt. „Ein echtes Schmuckstück, das neue Polizeirevier in Wittstock/Dosse“, schrieb das Brandenburger Innenministerium zur Eröffnung bei Facebook. Schon gut einen Monat später erkör die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg das Gebäude zum Denkmal des Monats – „wegen dessen herausragender Bedeutung für die Revitalisierung



Ab 2004 stand das Gebäude leer, weshalb es in einem schlechten baulichen Zustand war.

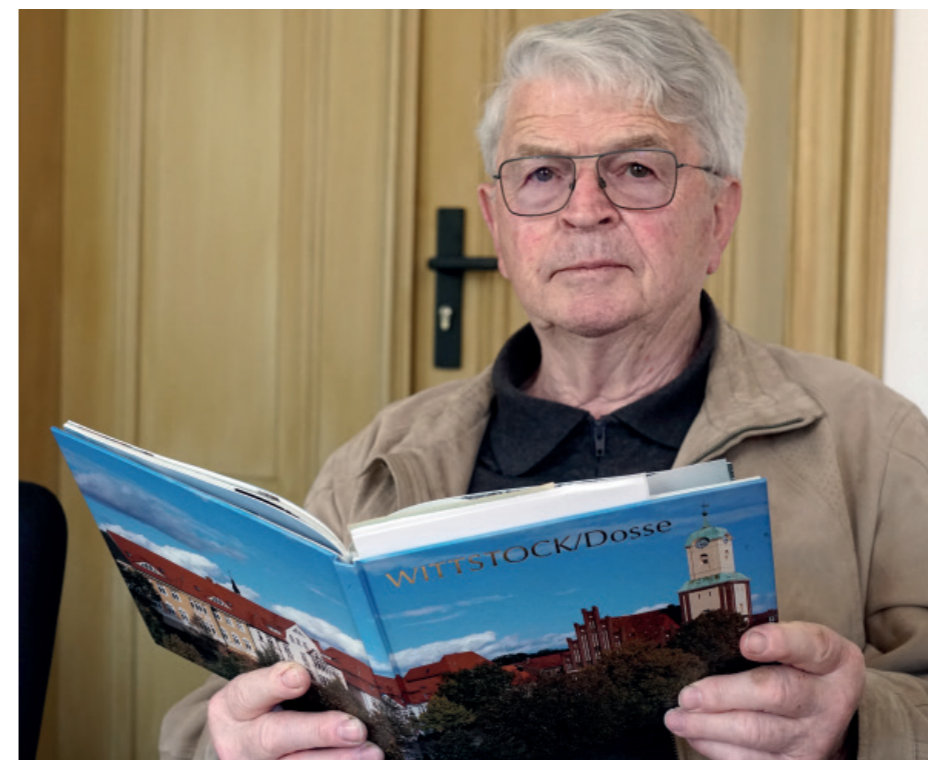


Foto Josefin Roggenbuck

Wolfgang Dost war 29 Jahre Stadtverordneter in Wittstock und hat sich intensiv mit der Geschichte der Stadt beschäftigt.



Foto: Stephan Henke

Bis 2019 war die Polizei in der Quandt-Villa in der Röbeler Straße beheimatet.

der Altstadt, der exponierten Lage und der stadtgeschichtlichen Bedeutung“. Tatsächlich sticht das 1886 erbaute Gebäude heraus. Die rote Ziegelsteinfassade wurde abgestrahlt, alte Fliesen restauriert, der zu DDR-Zeiten zugemauerte Haupteingang wieder freigelegt. „Man erlebt es gerade bei Kollegen von außerhalb, die jedes Mal sagen, dass es hier sehr, sehr schön ist“, erzählt Hefenbrock.

Zwei Jahre vor dem Einzug, zu Beginn der Sanierung, hätte es so einen Kommentar wohl kaum gegeben. „Bei den ersten Besichtigungen waren nicht alle Treppenstufen vorhanden und die Architekten meinten, wir müssen schauen, wo wir hintreten“, sagt die Revierleiterin, die von Anfang an in die Umbaupläne eingebunden war. Das Gebäude stand seit dem Auszug der Post im April 2004 leer und verfiel zunehmend. „Die große Herausforderung war, dass das Gebäude, das seit vielen Jahren leer stand und auf das der Denkmalschutz sehr genau geschaut hat, so herzurichten, dass es als Polizeigebäude funktionie-

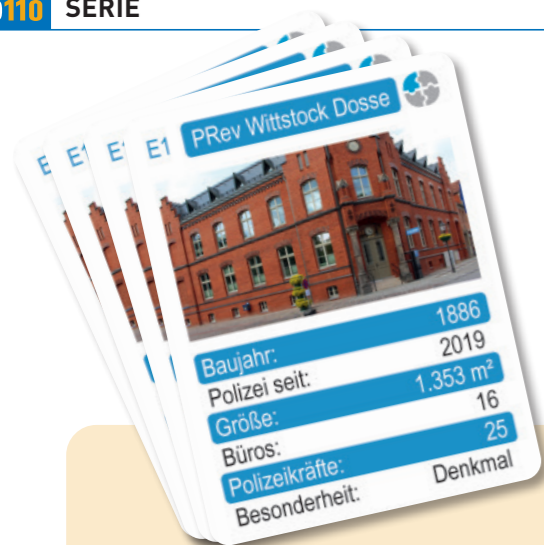
ren kann“, schildert Hefenbrock die Umstände.

So musste man – aus Personal- und Platzgründen – beispielsweise auf eine Gewahrsamszelle verzichten. Außerdem war es notwendig, dass die historischen Außentüren erhalten bleiben, trotzdem mussten sie aber eine entsprechende Schusssicherheit aufweisen. Und als der zugemauerte Eingang aufgebrochen wurde, fand man historische Fliesen. Die mussten aus Denkmalschutzgründen bleiben, dafür wurde dann der Windfang umgestaltet. „Die Vorabstimmung war sehr langwierig. Aber im Endeffekt ist alles sehr gut geworden“, findet Hefenbrock, die seit zwölf Jahren die Wache leitet und somit auch noch das alte Gebäude in der Röbeler Straße gut kennt.

Dort war man in einer Villa, die einst der bekannten Unternehmerfamilie Quandt – Nachfahren sind heute Großanteilseigner von BMW – gehörte, untergebracht. „Man hätte tatsächlich vom Keller bis zum Dach alles sanieren müssen. Die Strom-Sicherungen waren sogar

noch zum Schrauben, wenn es etwas mehr geregnet hat, hatten die Kollegen Eimer in den Büros stehen“, erinnert sich Hefenbrock an die damaligen Verhältnisse, wobei auch die alte Villa ihren Charme gehabt habe. So habe es beim Umzug durchaus auch Wehmut gegeben, schließlich war die Polizei schon zu DDR-Zeiten dort. „Inzwischen haben sich aber die Leute daran gewöhnt und sehen die Vorteile, dass es modern ist, hell ist und zentral liegt“, sagt Hefenbrock über den Auszug aus der Villa, die 2021 an die Sabine-Hagemann-Stiftung, die sich für Baukultur einsetzt, versteigert wurde. Laut Stadt werden aktuell verschiedene Nutzungsoptionen geprüft.

Nicht nur mit der Optik und Ausstattung ist die Ur-Wittstockerin zufrieden, auch die Lage sei ein großer Vorteil. „Im Prinzip kann ich das Fenster aufmachen und mich mit den Bürgern unterhalten, das wäre bei dem alten Revier schwer möglich gewesen. Für Revierpolizisten ist diese Bürgernähe optimal, wir bekommen Sorgen und Probleme



REVIERGECHICHTEN

Unscheinbar, still und kein Gewese: Polizeigebäude sind oftmals kein Sinnbild von Redseligkeit. Doch welche Reviergeschichten sich hinter den dicken Mauern verbergen, erzählt die info110 in ihrer Serie. Diesmal: Wittstock.

direkt mit. Zum Bahnhof muss man nur einmal quer durch den Park, zum Markt ist man zu Fuß schneller als mit dem Fahrzeug – besser geht es nicht.“ Die Stadt Wittstock, von der das Gebäude gemietet ist und die ganz bewusst öffentliche Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge im Stadtzentrum konzentrieren wollte, hat ähnliche Erfahrungen gemacht. „Aus Sicht der Stadtentwicklung und hinsichtlich der Belegung der Innenstadt sowie der Erreichbarkeit und Wahrnehmbarkeit der Polizei haben wir nur positive Kritik bekommen“,

heißt es auf Anfrage. Der Umbau kostete rund 3,7 Millionen Euro, 1,67 Millionen Euro davon waren Städtebaufördermittel.

Auch für Wolfgang Dost ist der Einzug der Polizei in die Alte Post ein Gewinn für die Stadt. „Historische Gebäude müssen genutzt werden, sonst gehen sie kaputt. Dieses hier ist sehr schön geworden“, sagt der Heimatforscher, der sich intensiv mit der Geschichte der Dosse-Stadt beschäftigt hat und 29 Jahre in der Stadtverordnetenversammlung saß. Das alte Postgebäude im neogotischen Stil („Gothik



Dana Hefenbrock leitet seit zwölf Jahren das Wittstocker Polizeirevier und ist in der Stadt aufgewachsen.



Fotos [2] Josefin Roggenbuck



Foto: Stadt Wittstock/Dosse

BAUJAHR DES GEBÄUDES 1886 als Postgebäude
SEIT WANN VON DER POLIZEI GENUTZT Nach Umbau und Sanierung zwischen 2017 und 2019 erfolgte der Einzug zum 01.05.2019.
GRÖSSE DER LIEGENSCHAFT Grundstücksfläche mit einer Gesamtgröße von 1.353 Quadratmetern mit insgesamt 13 Stellplätzen, davon vier Pkw- und einem Lkw-Parkplatz unter Carport. Die Nutzfläche des Gebäudes beträgt rund 770 Quadratmeter.
ZAHL DER BÜROS 16 Büroräume, außerdem Aufenthaltsräume, Umkleide- und Sanitärbereich, ein Fahrstuhl ist ebenfalls vorhanden.
ZAHL DER POLIZISTINNEN/POLIZISTEN ca. 32.
VORHERIGE NUTZUNGEN Bis 2004 war in dem Gebäude das Postamt beheimatet.
BESONDERHEIT Das Gebäude steht unter Denkmalschutz.

war beliebt, auch durch die vielen Kirchenbauten“) sei nicht das erste in Wittstock gewesen, bereits 1681 wird die erste Post eröffnet. „Die Post war etwas ganz Bedeutsames, damit war auch das Ansehen der Stadt gehoben“, sagt der 83-Jährige. „Eine Fahrt mit der Postkutsche war nur etwas für sehr wohlhabende Leute. Ein Dienstmädchen musste vier bis fünf Jahre arbeiten, um einmal nach Berlin zu fahren.“

Am Anfang dauerte so eine Kutschfahrt fast 24 Stunden, heute ist man mit dem Auto eine gute Stunde unterwegs, genau wie nach Hamburg oder Rostock, „das ist für Unternehmen genauso praktisch wie für reisende Täter. Tankbetrügereien wurden in den letzten ein, zwei Jahren, als die Preise sehr hoch waren, deutlich mehr“, sagt Dana Hefenbrock. 620 Quadratkilometer – zeitweise war Wittstock die flächemäßig drittgrößte Stadt Deutschlands – decken sie und ihre rund 25 Kolleginnen und Kollegen ab, sieben weitere Kripo-Kollegen sind für ein Sachgebiet dorthin ausgelagert. „Einen

Kriminalitätsschwerpunkt haben wir zum Glück gerade nicht, aber ein paar Besonderheiten“, sagt die 47-Jährige. So liegt die Gedenkstätte Todesmarsch im Belower Wald zwar flächenmäßig genau auf der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, doch die Zuständigkeit fällt in das Wittstocker Revier. Außerdem liegt der ehemalige Luft-Boden-Truppenübungsplatz Kyritz-Ruppiner Heide – das sogenannte Bombodrom – in der Zuständigkeit. Der wird seit 2017 geräumt, bei Sprengungen sichert die Polizei das Gelände ab, was ein- bis zweimal die Woche der Fall ist. Und viele der rund 70.000 Gäste des Fusion-Festivals in Lärz an der Mecklenburgischen Seenplatte kommen in Wittstock mit dem Zug an.

Zudem haben die völkischen Siedler der Anastasia-Bewegung 2013 das Projekt „Goldenes Grabow“ im gleichnamigen Ort gegründet. Erst Anfang Juni stuft der Brandenburger Verfassungsschutz die Bewegung als rechtsextremen Verdachtsfall ein. „Sie sind in der Vergangenheit durch fremdenfeind-

liche und rechtsextreme Züge aufgefallen“, erzählt Hefenbrock. Das ist auch ein Problem, das für die Stadt Wittstock selbst gilt, „Ende der 90er war es hier eine Hochburg für rechtes Klientel“. Zwar gebe es heute nicht mehr so viele Gewalttaten, „aber die sind auch schlauer geworden und agieren im ideologischen Bereich.“ Bei unangemeldeten Montagsspaziergängen seien am Anfang auch Kolleginnen und Kollegen angegriffen worden. „Trotzdem kannte man die Organisatoren, mit den Revierpolizisten, die die Leute vor Ort kennen, sind wir in die Menge gegangen, so haben wir das Problem relativ schnell in den Griff bekommen“, sagt Dana Hefenbrock. Den ein oder anderen kannte sie wohl auch vom Vorbeigehen an ihrem Bürofenster.

Stephan Henke

Am Revier hängt ein 75 Kilo schwerer, gusseiserner Briefkasten der 1885er-Reihe, in den ab und zu auch noch versehentlich Post geworfen wird.

Mehr zu den Reviergeschichten erfahren Sie hier:



SCAN ME

Hacker, Spione, Trojaner und IT-Notfälle

WIE WIR UNS ERFOLGREICH SCHÜTZEN



Der Einsatz von Informationstechnologie ist selbstverständlich geworden und die Digitalisierung schreitet unaufhaltsam voran: in der Wirtschaft, in der Verwaltung und im privaten Bereich. Wir alle nutzen mittlerweile täglich intensiv Computer, Tablets und Smartphones. Unser Leben und Arbeiten kann nicht mehr ohne verfügbare, zuverlässige und sichere Informationstechnik bewältigt werden. Dies betrifft in hohem Maße auch die polizeiliche Arbeit. Die moderne Polizei ist ohne den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) nicht mehr denkbar und mittlerweile gibt es kaum noch polizeiliche Geschäftsprozesse, die völlig ohne digitale Unterstützung ablaufen.



Die hieraus resultierenden technischen und organisatorischen Aufgaben nimmt die Polizei Brandenburg sehr ernst und betreibt daher seit Jahren ein Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS). IuK zählt zu den Führungs- und Einsatzmitteln, darunter insbesondere Bürokommunikations- und Clientlösungen, mobile, tragbare sowie fahrzeuggestützte Informations- und Kommunikationstechnik, Server- und Datenbanktechnik, Speicher- und Datenhaltungssysteme, Netzwerksysteme und -technik, Hard- und Softwarelösungen sowie polizeiliche Fachverfahren, die das Führen und den Einsatz der

Polizei ermöglichen oder unterstützen. Von deren Verfügbarkeit und ständiger Einsatzbereitschaft wird die Leistungsfähigkeit der Polizei wesentlich bestimmt.

Hacker- und Spionageangriffe, IT-Notfallsituationen mit längerfristigen Ausfällen und bösartige Software, die alle Daten unwiederbringlich verschlüsseln kann, sind nur einige der Gefährdungen, denen

die polizeiliche IuK ausgesetzt ist und zeigen, dass die öffentliche Verwaltung bei der Nutzung von IuK realen Gefahren professionell begegnen muss. So wurde auch das Bürgerportal der Polizei Brandenburg – die Internetwache – im April 2023 angegriffen und war für

einige Tage nicht in vollem Umfang funktionsfähig.

Zur Absicherung der polizeilichen IuK müssen aus diesem Grund weitreichende und strukturierte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden. Informationssicherheit betrifft dabei auch einen jeden Bediensteten, unabhängig von der Position oder Organisationseinheit. Jeder Einzelne trägt eine Verantwortung, polizeiliche Daten vor unbefugtem Zugriff, Diebstahl, Missbrauch oder Verlust zu schützen.

Auch heute wird noch oft leichtfertig angenommen, dass man sich im eigenen Büro oder zu Hause am Computer sicher fühlen kann. Nutzen wir jedoch moderne IuK

Wichtige Begriffe

INFORMATIONSSICHERHEIT Wahrung der Vertraulichkeit, Unversehrtheit/ Integrität und Verfügbarkeit von Informationen (auch nicht elektronische).

VERFÜGBARKEIT Die Eigenschaft von Informationen, bei Bedarf für eine autorisierte Person zugänglich und nutzbar zu sein.

VERTRAULICHKEIT Der Schutz der Eigenschaft von Informationen, dass diese nur autorisierten natürlichen oder juristischen Personen oder Prozessen zugänglich oder bekannt gemacht werden.

INTEGRITÄT Die Eigenschaft, die Genauigkeit, Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit von Vermögenswerten (Informationen) sicherstellt. Darüber hinaus bedeutet Integrität die Richtigkeit und Vollständigkeit von Information.

und damit auch immer häufiger Angebote aus dem Internet, betreten wir einen „virtuellen öffentlichen Raum“, der sich außerhalb unserer Kontrolle befindet. In dieser Umgebung bewegen sich auch potenzielle Angreifer, die den Bürgern, Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung mit immer neuen und sich schnell verändernden Angriffs- und Betrugsszenarien Schaden zufügen. Unbemerkt eingeschleuste Schadsoftware kann, sofern sie nicht entdeckt wird, Eingaben und Passwörter mitlesen, Daten verändern oder diese vollständig unbrauchbar machen. Gezielte Angriffe können IT-Systeme manipulieren, Spionage ermöglichen oder zu sicherheitsgefährdenden Ausfällen der IT-Systeme führen. Es ist möglich, dass bspw. in moderne Geräte eingebaute Kameras und Mikrofone unentdeckt aktiviert werden oder Informationen durch Angreifer mitgelesen werden können.

Um die IuK der Polizei zu schützen und das Risiko von erfolgreichen Angriffen zu verringern, ist Informationssicherheit immer eine Kombination aus technischen und organisatorischen Maßnahmen. Dabei muss der Schutz vor Angriffen „von außen“ auf die Infrastruktur, z.B. durch Firewalls oder Virenschutzsoftware umgesetzt sein, aber

auch neben technischen Maßnahmen der Schutz „von innen“ durch geeignete organisatorische Maßnahmen unterstützt werden. Hierzu zählen z.B. Dienstweisungen zum Umgang und zur Nutzung von Informationstechnologie und auch konkrete Handlungsempfehlungen für das mobile Arbeiten oder zum Erkennen und Melden von Sicherheitsvorfällen.

Maßnahmen im Bereich Informationssicherheit dürfen nicht als Ballast oder sinnloser Aufwand betrachtet werden. Sie sind in der heutigen Zeit obligatorisch und zwingend notwendig, um die von IuK abhängigen polizeilichen Prozesse aufrecht zu erhalten. Schon ein einziger Sicherheitsvorfall kann dazu führen, dass das gesamte Behördennetzwerk über Monate nicht mehr einsatzfähig ist. Manipulierte Geräte, gezielte Angriffe oder der Verlust von Datenbeständen können aufgrund der untereinander vernetzten IT-Systeme Auswirkungen auf die Arbeits-





fähigkeit und auch das Image der gesamten Polizei haben.

Zum Schutz vor diesen Gefahren sind sensibilisierte Bedienstete im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Verfügbarkeit, Vertraulichkeit und Integrität der bei der Polizei verarbeiteten Daten und Informationen.

Jeder Bedienstete ist hier persönlich gefordert, seinen Beitrag zum Schutz der Informations- und Kommunikationstechnologien zu leisten. Bei der Polizei existieren selbstverständlich technische Schutzmaßnahmen, jedoch ist auch jeder Bedienstete verpflichtet, eigenverantwortlich und vorsichtig zu handeln. Organisatorische Anweisungen und Empfehlungen aus dem Bereich Informationssicherheit sowie die aktuell gültigen Dienst- anweisungen sind einzuhalten, da potenzielle Angreifer versuchen,

Was kann ich tun?

- ▶ Nutzen Sie sichere Passwörter und halten Sie diese stets geheim.
- ▶ Öffnen Sie keine ungeprüften E-Mails mit Anhängen und Links von unbekanntem Absendern.
- ▶ Seien Sie misstrauisch gegenüber Phishing-E-Mails oder betrügerischen Websites und geben Sie niemals vertrauliche Informationen preis.
- ▶ Im Bereich des mobilen Arbeitens ist besonders auf Diskretion und gesicherte Endgeräte zu achten.
- ▶ Sperren Sie den Computer bzw. das Gerät beim Verlassen des Arbeitsplatzes.
- ▶ Nutzen Sie nur dienstlich bereitgestellte und regelmäßig auf Schadsoftware geprüfte Geräte und Datenträger.
- ▶ Trennen Sie strikt die private und dienstliche Kommunikation und Technik voneinander.
- ▶ Handeln Sie nach aktuellen Dienst- und Arbeitsanweisungen.
- ▶ Achten Sie auf unbekannte und unberechtigte Personen im Dienstgebäude und geben sie bei der Kommunikation per Telefon und E-Mail mit Unbekannten keine sensiblen Informationen heraus.
- ▶ Nutzen Sie die Angebote zur Weiterbildung im Bereich Informationssicherheit.
- ▶ Melden Sie IT-Sicherheitsvorfälle und merkwürdiges Systemverhalten unverzüglich.

aufwändige technische Schutzmaßnahmen durch das Ausnutzen menschlicher Schwächen zu umgehen.

Die Polizei Brandenburg orientiert sich bei der Umsetzung aller Maßnahmen an den Standards des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Ebenso werden Vorgaben des Landes Brandenburg für den IT-Bereich sowie konkrete polizeiliche Vorschriften der Polizeien des Bundes und der Länder mit dem Ziel umgesetzt, die Aufrechterhaltung des geregelten polizeilichen IuK-Betriebes stets zu gewährleisten.

Wirksam kann jeder Bediensteter das Risiko eines größeren Schadens verringern, wenn er gut informiert und geschult mit der polizeilichen Technik umgeht, einschlägige Regelungen, Anweisungen und Vorschriften kennt, sich im Dienstalltag umsichtig verhält und besondere Auffälligkeiten, Vorkommnisse und Systemmeldungen im Umgang mit IuK unverzüglich dem Vorgesetzten, dem zuständigen Informationssicherheitsbeauftragten und dem UHD meldet.

Toni Seifert, IT-Sicherheitsmanager der Polizei Brandenburg, MIK, Referat 46

L.A. Confidential

Ja, ich weiß, Blockbuster und ich haben nicht unbedingt die beste Beziehung. Aber es braucht nun mal gelegentlich auch eine Ausnahme, damit sich die Regel als bestätigt betrachten kann. Also voila!

Los Angeles 1953, die Sonne scheint, die Strände sind schön weiß, es duftet nach Orangenblüten, die Traumfabrik startet durch und man beginnt, den amerikanischen Traum zu leben. Ein Jeder hat die Chance auf sein eigenes Haus, auf eine steile Karriere, auf ein Leben als Hollywoodstar... Es lebe der schöne Schein.

Doch dann werden in der Männertoilette eines Nachtclubs sechs Männer tot aufgefunden. Nicht unbedingt ein Tatort, den man als gewöhnlich bezeichnen möchte oder an dem man gefunden werden will. Die Polizei steht also ziemlich unter Druck, denn eines der Opfer stammte aus ihren Reihen. So dauert es nicht lange, bis man ein paar „geeignete“ Verdächtige ermittelt hat. Die drei jungen Afroamerikaner sterben passenderweise bei einem Fluchtversuch, bevor sie vor Gericht gestellt werden können – Fall erfolgreich aufgeklärt, die Presse jubelt, es werden Orden und Beförderungen verteilt, ein Happy End auf der ganzen Linie.

Bis drei Polizeibeamte (herausragend verkörpert von Russell Crowe, Guy Pearce und Kevin Spacey) unabhängig voneinander an dieser viel zu glatten Lösung zu zweifeln beginnen und argwöhnen, dass hier weit mehr dahintersteckt als es den Anschein hat.

In Anlehnung an die großen Meister des Noir-Crime wie Raymond Chandler oder Dashiell Hammett zieht einen die Story in einen Sumpf aus Korruption, Mafia und Bigotterie. Curtis Hanson setzte 1997 den dritten Teil von James Ellroys genialem L.A. Quartett gekonnt in Szene und schuf damit ein packendes aber auch ehrliches Bild des glitzernden Hollywoods unter dessen schöner schillernder Oberfläche Drogenhandel, Prostitution und Pornographie florieren. Rassismus, Polizeigewalt, Korruption und Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen gehörten in dieser Zeit genauso zum guten Ton wie das Aufbauen und Beseitigen von Verdächtigen, wenn es galt, den schönen Schein zu wahren und Hanson scheut sich nicht, ohne Pardon diese Seiten des boomenden Los Angeles dem Publikum zu servieren.

Crowe, Pearce und Spacey brillieren in ihren Rollen als sehr unterschiedliche Archetypen eines Polizisten, vom raubeinigen Retter der Jungfrau in Nöten, über



L.A. Confidential
 Regie: Curtis Hanson
 Mit Kevin Spacey, Russell Crowe, Guy Pearce
 Produktion: USA 1997

den sittenstrengen Karrierebeamten, der sich aus dem Schatten von Vater und Bruder lösen will bis hin zum windigen intriganten, der lieber das geschönte Bild seiner Zunft aus Film und Fernsehen verkörpert. Mit Danny DeVito, David Strathairn, James Cromwell oder Simon Baker muss sich auch keine der Nebenrollen verstecken und auch Kim Basinger verdiente ihren Oscar völlig zu recht.

Kurz und gut, die Freunde des Hardboiled-Krimis werden hier vollends auf ihre Kosten kommen.

FunFact am Schluss:
 Fast... aber nur fast hätten wir Pamela Anderson in Kim Basingers Rolle erlebt. Ob es dafür dann auch einen Oscar gegeben hätte? Wer weiß....
Susanne Sommer



HIER SPIELT DIE MUSIK

BRANDENBURG-TAG
IN FINSTERWALDE

2.+3.
SEP
2023